Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, per Woche 70 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7267.

Telephon Nr. 451.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum: 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Nr. 67. Donnerstag, den 20. März 1902. 13. Jahrgang.

Rastenburg-Gerdauen

gegen den Brotwucher.

Es will durchaus nicht gelingen, auch nur einen einzigen Wahlkreis zu einem echten Wahrzeichen der Volksthümlichkeit des Brotwuchers zu gestalten. Auch in Rastenburg-Gerdauen-Friedland gelang es den Agrariern nicht. Zwar wurde auch diesmal Herr v. Rautter gewählt, aber es vereinigt sich auf seine Kandidatur ein geringerer Prozentsatz der im Kreise abgegebenen Stimmen, als bei der letzten Wahl zolltarifparteifreundliche Stimmen abgegeben wurden. Trotz aller Anstrengungen bringt das Resultat einen Fortschritt gegen den Brotwucher. Es wurden abgegeben:

1898		1902	
9131	konservative	9546	konservative
122	klerikale	—	klerikale
2845	freisinnige	4805	freisinnige
3313	sozialdemok.	3618	soziald. Stimmen.

Zählt man also Brotzöllner und Zolltarifgegner gegenüber, so ergiebt sich folgendes Bild:

1898		1902	
Zöllner	Antizöllner	Zöllner	Antizöllner
9131	2845	9546	4805
122	3313	—	3618
9253	6158	9546	**8423**

Zunahme der Zöllner 293
Zunahme der Zollgegner **2265**

Also auch dieser rein ländliche Kreis befindet sich auf dem Marsche vom Brotzollfreunde zum Zollgegner. Das wird den Agrariern neue Schmerzen machen.

Wenn wir uns die Entwickelung der Sozialdemokratie in diesem Kreise ansehen, finden wir folgendes Bild. Es wurden abgegeben:

1887	—	sozialdemokratische Stimmen
1890	637	„ „
1893	675	„ „
1898	3313	„ „
1902	3618	„ „

Der Wahlkreis gehört also zu denjenigen ländlichen Bezirken Ostelbiens, in denen der plötzliche Aufwuchs der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen die Junker auf das Aeußerste erschreckte.

Mit zwei Ausnahmen war der Kreis stets konservativ vertreten. Nur 1874 siegte in der Stichwahl ein Nationalliberaler und 1881 ein Fortschrittler.

Der diesmalige Wahlkampf wurde von den Konservativen mit den äußersten Mitteln geführt. Ihre Wahlkundgebungen gegen die Sozialdemokraten strotzten von den elendesten und dümmsten Lügen. Unsere Partei trieb eine umfassende Agitation durch Flugblätter, die dann den Leuten wieder abgenommen wurden. Manche Agrarier und die ihnen willfährigen Elemente schreckten selbst vor rohesten Gewaltakten nicht zurück. Unsere Parteigenossen, die opfermuthig die Agitation besorgten, setzten sich geradezu Lebensgefahren aus.

Am letzten Sonntag waren wieder 140 Genossen von Königsberg in den Kreis gekommen, um ihn noch einmal mit Flugblättern und Stimmzetteln zu belegen. Auf einem Gute wurde, wie unser Königsberger Parteiblatt berichtet, einer unserer Vertheiler derartig brutal gemißhandelt, daß er besinnungslos fortgeschafft werden mußte. Im Kreise Rastenburg verfolgte ein Besitzer, hoch zu Roß, drei Vertheiler. Einige mit Knütteln versehene Knechte begleiteten ihn. Unsere Genossen wurden von ihm in der unflätigsten Weise beschimpft und konnten sich nur mit Mühe davor schützen, daß sie von dem Herrn über den Haufen geritten wurden. Er wollte die Vertheiler zwingen, nach seinem Hof zurückzukommen. Anderthalb Stunden lang hielt der Mann unsere Leute fest. Erst dann konnten dieselben ihren Weg fortsetzen.

Wenn man diese Berichte liest, muß man sich wundern, daß unsere Partei nach dem gewaltigen Aufschwung bei der letzten Wahl überhaupt noch Fortschritte gemacht hat. Es ist aber trotzdem keiner Partei gelungen, uns Stimmen abzunehmen. Das ist ein gutes Zeichen für die Zukunft.

Politische Uebersicht.

Ueber die Ausweisung der Frauen aus der Versammlung des Wahlvereins des dritten Reichstags-Wahlkreises am 26. Februar hat der Vorstand des Wahlvereins beim Polizeipräsidium Beschwerde geführt und hat darauf folgende Antwort erhalten:

„Die eingelegte Beschwerde vom 5. d. Mts. in Vereinsangelegenheiten weise ich als unbegründet zurück. Das Verhalten des überwachenden Polizeibeamten entspricht vollständig der für diese Dienstthätigkeit ertheilten Instruktion zur Ausführung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes.“

Also es besteht eine „Instruktion“, wonach die Frauen auch nicht als Zuhörerinnen anwesend sein dürfen. Bei der Versammlung des Bundes der Landwirthe hat man — so viel steht fest — diese Instruktion nicht befolgt. Aber nicht nur dies, sondern wie der Minister v. Hammerstein am 24. Februar im preußischen Landtag mitgetheilt hat, ist man im Polizeipräsidium sogar der Ansicht, daß Frauen als Zuhörerinnen anwesend sein können, wenn sie sich an den Verhandlungen nicht betheiligen. Wie ist mit dieser Ansicht die „Instruktion“ vereinbar, die dem dritten Wahlvereine gegenüber angewendet worden ist?

Am Dienstag Abend hielt der sozialdemokratische Wahlverein des 4. Berliner Wahlkreises in der „Urania“, Wrangelstraße, eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Ideen des März“. Zu derselben waren auch Frauen als Zuhörerinnen in der Anzahl von 30 bis 40 erschienen. Als der Versammlungsleiter sich weigerte, der Aufforderung des Polizeibeamten wegen Entfernung der Frauen nachzukommen, löste dieser die Versammlung auf. Es bleibt also dabei: Was den Bündlern im Zirkus Busch gestattet worden war, das dürfen Sozialdemokraten sich nicht immer erlauben.

Zur Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Celle-Gifhorn. Die im 14. hannoverschen Reichstagswahlkreise bevorstehende Ersatzwahl wird, wie schon gemeldet, am 24. April stattfinden. Die Nationalliberale Partei hat den Kaufmann Fritz Wehl in Celle aufgestellt. Die Welfenpartei, welche Anfangs als ihren Kandidaten Herrn v. d. Wense-Bargfeld ausersehen hatte, ist von dieser Kandidatur wieder zurückgetreten und hat nunmehr den in Adendorf bei Lüneburg wohnenden Rittergutsbesitzer v. d. Decken aufgestellt. Seitens der Sozialdemokratischen Partei ist der Redakteur Thielhorn in Hannover nominirt worden. Als Kandidaten des Bundes der Landwirthe haben eine Anzahl Vertrauensmänner am letzten Sonntag in Lehrte den Hofbesitzer Bödecker in Aligse bei Burgdorf auf den Schild gehoben. Nach allgemeiner Meinung wird die bündlerische Kandidatur indessen lediglich die Rolle einer Zählkandidatur spielen.

Ein leidlich gerechtes Urtheil über die von den Gewerkschaften vorgenommenen Arbeitslosen-Zählungen in den verschiedenen Städten Deutschlands bringt das „Berliner Tageblatt“. Es schreibt:

Solche Erhebungen von privater Seite sind immerhin mißlich. Der große amtliche Erhebungsapparat läßt sich bei derartigen Untersuchungen weder durch Geschick, noch durch Liebe zur Sache und Gewissenhaftigkeit ersetzen. Nach Allem, was von jenen Erhebungen bekannt wurde, hat es bei ihnen an diesen drei Eigenschaften nicht gefehlt. Selbst die berufsmäßige Statistik muß mit Achtung von einer Erhebung sprechen, wie sie die Berliner Gewerkschaften jüngst ins Werk gesetzt haben.

Es ist immerhin eine Seltenheit, daß von freisinniger Seite der Thätigkeit der organisirten Arbeiter Gerechtigkeit widerfährt.

Im Abgeordnetenhause wurde Mittwoch zunächst der Rest des Kultusetats erledigt. Die Debatte über die Lostrennung der Medizinalabtheilung vom Kultusministerium, die schon am Dienstag begonnen hatte, zog noch weitere Kreise.

Dem Kultusetat folgte die Sekundärbahnvorlage. In der Generaldebatte verlangte der Abg. Graf Kanitz baldige Verstaatlichung der ostpreußischen Südbahn. Wie im vorigen Jahre im Herrenhause, so gab auch diesmal hier der Eisenbahnminister eine ausweichende Antwort. Viel Lust zur Verstaatlichung scheint er nicht zu haben, denn er wies ganz besonders eindringlich darauf hin, daß die Städte Königsberg und Danzig sich sehr entschieden gegen die Verstaatlichung ausgesprochen haben. Während Graf Kanitz über schlechte Behandlung der Provinz Ostpreußen sich beklagt hatte, ein Vorwurf, der vom Minister zurückgewiesen wurde, beschwerte sich der freisinnige Abg. Gothein über Vernachlässigung der Provinz Schlesien in Bezug auf den Eisenbahnverkehr. Der Minister erklärte, daß sich ein solches Finanzkonsortium mit einem Konzessionsgesuch für die Strecke Oels—Ostrowo noch nicht gemeldet habe. Er gab aber zu, daß durch den Ausbau der russischen Linie Warschau—Lodz nach der Grenzstation Kalisch unser ganzer Verkehr nach Rußland einer erheblichen Aenderung unterworfen werde.

Zu einer Abendsitzung hatte die Mehrheit keine Lust, ein dahingehender Antrag des ultramontanen Abg. v. Strombeck wurde abgelehnt. Die Debatte geht Donnerstag weiter.

Das Herrenhaus hält am Mittwoch nach langer Pause eine kurze Sitzung ab, in der im Handumdrehen dreizehn Gesetzentwürfe endgiltig erledigt wurden. Es handelt sich um kleine Vorlagen, Verlegung und Aufhebung von Amtsgerichten, Fürsorge für die evangelischen Pfarrer und ihre Hinterbliebenen im Bezirke Frankfurt a. M., Spezialgesetze für die Hohenzollerschen Lande und der-

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tyrol
von Robert Schweichel.

41]

(Nachdruck verboten.)

Sie lachte schrill auf. Lisei aber rief mit von Eifer gerötheten Wangen, Ambros zuvorkommend, der bei den letzten Worten der Großmutter fragend aufgeschaut hatte: „Recht hast Du, daß der Vater gegen dem Ambros seine Heirath ist, und ich versteh' jetzt auch warum. Aber wenn der Ambros sein Stück gegen den Vater durchsetzen könnte, Ahne, nachher, wer hat darunter zu leiden, als wir Alle und die Stasi zumeist?“ Sie reichte dieser über den Tisch hin die Hand und sagte herzlich: „Leg's mir nicht übel aus, daß ich so rede. Ich bin Dir nicht gram, ach ganz gewiß nicht. Aber ich muß reden, wie ich's für recht halte und mir ums Herz ist. Ja, Stasi, mir sollte als Schwester keine lieber sein, wie Du. Aber das wirst Du einsehen, daß Du nicht glücklich sein kannst, wenn Dir der Vater so zuwider gesinnt ist.“

Stasi zog leise ihre Hand zurück, begrub ihr Gesicht in der Schürze und schluchzte.

„Ist das ein Weibergeträtsch“, brauste Ambros auf und schlug mit der Faust auf den Tisch, so daß die Großmutter zusammenschrak und vergaß, was sie hatte sagen wollen.

Lisei legte den Arm um Stasis Schulter und küßte sie auf die Wange. Ambros sagte nachdrücklich: „Jetzt laß' das Weinen, Stasi, der Vater wird sich schon geben, so wahr ich hier sitze.“

„Ja, Du wirst Deinen Willen schon durchsetzen“, nickte die Ahne, und wischte sich mit dem Rücken der rechten Hand den Mund. Darauf trank sie.

Stasi blickte scheu zu Lisei auf, und diese sagte mit dem Versuche eines Lächelns: „Er ist ja dem Vater sein Liebling.“

Stasi sah wieder vor sich nieder. Sie weinte nicht mehr, aber sie war blaß. Eine Weile hörte man nur das Brausen des Vigilbaches, auf den die Fenster der Schankstube hinausgingen. Ambros unterbrach zuerst das allgemeine Schweigen, indem er die Großmutter fragte, ob sie zu Fuß von Pleiken herunter gekommen wäre.

„Ja, wenn ich noch so rüstig wäre“, versetzte sie. „Als ich noch eine junge Gitsche war und wir kamen herauf aus dem Venetianischen zu den Erntearbeiten im Pusterthal, ja, da hab' ich nimmer gewußt, was Müdigkeit ist. Wann die Anderen kein Glied mehr rühren konnten nach dem Aehrenschneiden den lieben langen Tag über in den Thälern aber auf den Bergen, und in die Stadeln krochen, sobald sie den letzten Löffel Polenta verschluckt hatten, dann haben wir, unsere drei oder vier lustige Dirnen, die wir immer zusammenhielten, noch bis in die halbe Nacht hinein getanzt und gesprungen. Ach ja' ach ja!“

Ein Bauer aus Pleiken, der Leinwand nach St. Vigil gebracht, um sie blau färben zu lassen, hatte sie mitgenommen und das Fuhrwerk im Stern eingestellt. Ambros erbot sich, dem Manne zu sagen, daß er die Ahne auf der Heimfahrt von dem Bäcker abhole, und verließ die Stube.

„Ahne“, fragte Lisei, indem sie sich mit einem Seufzer ihrem Nachdenken entriß, „kannst Du denn Deinen Haß auf den Vater nicht fahren lassen? Jetzt erst weiß ich's wie unglücklich meine Mutter gewesen ist. Aber ich bitte Dich um der ewigen Barmherzigkeit willen, Ahne, trägt denn der Vater allein die Schuld an ihrem Unglück? Hast Du nicht mitgeholfen dazu?“

Die Großmutter hatte sich zuerst von ihr abgewendet und war von ihr ein wenig fortgerückt. Dann hatte sie ihre Enkelin scheu von der Seite angeblickt, und jetzt saß sie da und zitterte und wagte nicht mehr, Lisei anzusehen, deren graue Augen mit traurigem Ernst auf ihr ruhten.

Lisei fuhr fort, indem sie bittend die Hand auf den Arm legte: „Und glaubst Du denn, daß der Vater glücklich gewesen ist? Wenn beide nicht frei von Schuld gegeneinander waren — ach, mein Gott, mein Gott, ich gäbe ja mein Herzblut dafür, daß ich sie davon reinigen könnte! — dann haben sie es beide schwer gebüßt durch die langen Jahre ihres unfriedlichen, unglücklichen Lebens. Und jetzt, Ahne, kannst Du Deinen Haß nicht begraben, sondern säest neuen Haß und neuen Unfrieden aus und bist doch selber nicht rein von Schuld? Laß ihn fahren, den Haß, ich bitte Dich, Ahne, bei den blutigen Wunden unseres Heilandes, die ihm auch der Haß seiner Feinde geschlagen hat.“

Sie streckte die Hand der Großmutter hin, die ganz in sich zusammengesunken war und ächzte und stöhnte.

„Ich kann nicht, ich kann nicht,“ ächzte sie. „Ach, wie kannst Du so grausam reden, daß ich schuld bin an dem Unglück meiner Kathi! Den blauen Himmel hätt' ich ihr unter die Füße breiten mögen!“

„Ja, Ahne,“ versetzte Lisei, „Du hast sie glücklich machen wollen, aber es ist zum Unglück ausgeschlagen. Als die Mutter schon dem Tode ist nahe gewesen, da hat sie noch zu mir gesagt: „Lisei, laß Dein Herz nimmer verlocken von dem Reichthum!“

Da schrie die alte Frau auf und umschlang mit ihren dürren Armen den Hals ihrer Enkelin und küßte sie unter hervorstürzenden Thränen. „Ich will ihn nicht mehr hassen,“ schluchzte sie. „Aber, o! das ist gar so schwer!“

Stasi erhob sich sachte und stellte sich an das nächste Fenster. Die Rechte auf das Herz legend, blickte sie trüben Auges auf die unsern vorbeisprudelnden Wellen und allmählich neigte sich ihre Stirn gegen die kleinen kalten Scheiben. Sie hörte nicht das Rauschen des Baches, noch wie Lisei und ihre Großmutter von der verstorbenen Klosterbäuerin sich unterhielten. Erst Ambros' Stimme erweckte sie wieder aus ihrem Sinnen oder Träumen. Aber seltsam, die Stimme hatte etwas Hartes, was ihr fremd war. Selbst wenn sie erregt war, hatte sie nicht diesen trockenen, scharfen Ton. Sie rückte an ihrem Hute und wendete sich um. Ambros hatte der Ahne mitgetheilt, daß der Mann aus Pleiken reisefertig wäre und mit dem Wagen vor der Thür stünde. Dann nahm er ein paar verknitterte Bankozettel aus der Tasche und reichte sie der Großmutter mit den Worten hin: „Ich werd' mit dem Vater reden, daß Du nicht mehr zu darben brauchst.“

Die Großmutter stieß seine Hand zurück, indem sie leidenschaftlich rief: „Ich will von Deinem Vater kein Geld nicht. Ich nehm' nichts; ich brauch' nichts.“ Auf einen vorwurfsvollen Blick Liseis setzte sie hinzu: „Ich kann das nicht: es würd' mir auf der Seel' brennen. Meinen Haß will ich ja gern begraben; aber sein Geld nehm' ich nicht.“

Ambros machte weiter keinen Versuch, ihr das Geld aufzudrängen. Er rief den Bäcker und bezahlte die Zeche. Die Ahne bat unterdessen Lisei, recht bald nach Pleiken zu kommen. Auch Stasi und Ambros bat sie darum und küßte alle drei.

„Kommt ja bald“, wiederholte sie vor der Thür; „denn jetzt hab' ich auf der Welt nichts mehr zu thun, als auf den Tod zu warten. Und für Dich will ich den lieben Gott bitten“, wandte sie sich an Stasi und küßte sie noch einmal, „daß Du glücklich wirst mit dem Ambros. Du hast ein liebes Gesicht.“

Stasi lächelte wehmüthig. Ambros half der Ahne auf das einspännige Wägelchen.

Lisei, Ambros und Stasi gingen über den Anger an dem Spitzhörndlbach entlang. Sie waren alle drei stumm und als sie die gekrümmte Landstraße erreichten, trennten sie sich, Stasi und Lisei, indem sie sich die Hand reichten und dabei einander tief in die Augen sahen. Plötzlich warf sich Stasi an Liseis Brust und dann lief sie Ambros nach, der schon den Pfad aufwärts zu ihrer Hofstätte eingeschlagen hatte. Der Pfad war zu schmal, um beiden nebeneinander Raum zu gewähren und Stasi ging mit gesenkter Stirn hinter Ambros her, der fortwährend an seinem Schnurrbart fingerte.

Eine Krähenschaar zog krächzend über ihnen hin. Ambros blieb stehen, kehrte sich um und sagte: „Herr Gott, Stasi, wer das gedacht hätte!“ Er nahm den Hut ab, strich sich durch das Haar, wandte sich, den Hut wieder aufsetzend und ging weiter, ohne sich näher zu erklären, und Stasi fragte auch nicht.

Als sie den breiteren Weg erreicht hatten, der sich hinter der nun entlaubten Hecke hinzog, blieb Ambros, auf Stasi wartend, wieder stehen und sagte: „Jetzt haben wir das Grab von Deinem Vater ganz vergessen.“

„Ich hab's nicht vergessen, aber es ist besser so“, gab Stasi leise zur Antwort.

(Fortsetzung folgt.)

gleichen. Auch das schottische Moorhuhn flatterte zum letzten Male über die Bühne. Es hat zu einem kleinen Konflikt zwischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus geführt, das das Schneehuhn ausdrücklich von der dem Moorhuhn bewilligten Schonzeit ausnehmen wollte. In diesem Konflikt ist das Abgeordnetenhaus glorreich Sieger geblieben; das Herrenhaus willigte stumm in die Streichung der von ihm kühn eingesetzten Worte: „Ausgenommen Schneehuhn.“

Wider den Brotwucher. In Rottleberode und Rosperwende im Sangerhäuser Harz wurden in Versammlungen des Bundes der Landwirthe auf Antrag von Gegnern ziemlich einstimmig Resolutionen gegen jede Zollerhöhung angenommen.

In den letzten Tagen hat der Bund der Landwirthe eine große Zahl von Versammlungen in dem von einem agrarischen Konservativen vertretenen Kreise Sangerhausen abgehalten. Seine Erfolge waren jedoch, wenigstens in dem nach dem Harz zu belegenen Theile des Wahlkreises, gering. Fast überall da, wo tüchtige Gegner dem Bundesredner entgegentraten, ließen sich die kleinen Bauern von der Schädlichkeit der bündlerischen Bestrebungen überzeugen. Es ging also den Bündlern wie in der Breslauer Gegend. Noch in zwei anderen Orten, in Breitenstein und Rödishagen, wurden sogar fast einstimmig Resolutionen gegen jede Erhöhung der Getreidezölle angenommen.

Ausweisung russischer und polnischer Studenten. In den letzten Tagen wurden aus Preußen vierzig russische und polnische Studenten, meist Hörer der Technischen Hochschule, wegen polnischer Umtriebe und weil sie sich mißliebig gemacht hatten, ausgewiesen. Mehrere Russen sind noch vor dem Empfang des Ausweisungsbefehls nach der Schweiz abgereist.

Gegen das Urtheil im Prozeß wegen der angeblichen Duellrede des Kaisers in Berlin hat der Rechtsanwalt Dr. Halpert für den zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilten Redakteur Groll die Revision eingelegt, während sich die zu 500 resp. 300 Mk. Geldstrafe verurtheilten Angeklagten, Buchdruckereibesitzer Stein und Geh. Rechnungsrath Steinbach, ebenso wie die Staatsanwaltschaft bei dem Urtheil beruhigt hat.

Prinz Heinrich ist wieder da und vom Kaiser in Cuxhaven empfangen worden. Die königstreue „Deutsche Tagesztg.“ bringt aus diesem Anlaß einen Leitartikel, der mit der Erklärung schließt: „Unter solchen Umständen wird man von uns nicht verlangen können, daß wir mit reiner Genugthuung auf die Ergebnisse des Prinzenbesuches in Amerika blicken. Wir können die Frage nicht unterdrücken: Welche wirthschaftlichen Zugeständnisse hat man wohl aus Freude über den „Erfolg“ an Amerika gemacht? Oder welche Geschenke hält man wohl bereit, um die amerikanische Freundschaft warm zu halten?“

Eine „jüngere Kraft“. Fürst Herbert Bismarck ermächtigt das „Genthiner Wochenblatt“ zu der Erklärung: er verzichte auf eine Wiederwahl in den Reichstag nur dann, wenn sich eine jüngere Kraft finde, die Aussicht auf Erfolg habe. Andernfalls wolle er, falls die Wähler ihm ihr Vertrauen bewahren, seine Kandidatur aufrecht erhalten.

Ob die Kraft „jünger“ ist, als der jetzige Abgeordnete, darauf kommt es wohl nicht an. Auch ein älterer Mann als der Abgeordnete Fürst Bismarck könnte das Mandat sehr gut wahrnehmen, sofern er überhaupt eine Kraft ist. Darüber aber werden die Wähler zu befinden wissen, die in ihrer Mehrzahl diesmal voraussichtlich den gegenwärtigen Abgeordneten durch eine antireaktionäre Kraft ersetzen werden.

Anzeichen einer wirthschaftlichen Besserung in Bayern sind nach einer Zuschrift zu verzeichnen, die den „M. N. N.“ von angeblich sachmännischer Seite zugeht. Es heißt darin unter Anderem: „Der Verkehr auf den bayerischen Bahnen ist seit zwei Monaten derart ungeheuer, daß er alle früheren Jahre bei Weitem übertrifft. Die Ausweise sowohl bei Staats- als Lokalbahnen sind geradezu glänzend. Der Verkehr ist derart, daß zur Bewältigung des Wagenverkehrs am Sonntage Güterzüge laufen, und es besteht jetzt schon Wagenmangel, der sich voraussichtlich in den nächsten Monaten noch verschärfen wird.“ Hoffentlich hilft vor.

Ausland.

Aus Rußland kommen Nachrichten über neue Unruhen bedenklicher Art:

In Petersburg sonderten sich am Sonntag Mittag aus der Menge des auf dem Newski-Prospekt spazieren gehenden Publikums eine Anzahl Personen aus, die unter Geschrei Flaggen entfalteten und bei der katholischen Kirche Straßenkundgebungen zu veranstalten versuchten. Die Flaggenträger wurden sofort verhaftet und der Auflauf wurde zerstreut. Im Ganzen wurden etwa 100 Verhaftungen vorgenommen.

„Wolffs Bureau“ meldet noch: Auf Grund einer am Mittwoch veröffentlichten amtlichen Bekanntmachung haben am Sonntag in Petersburg Ruhestörer rothe Flaggen mit aufrührerischen Inschriften entfaltet. Wegen Uebertretung von polizeilichen Bestimmungen über Straßenansammlungen hat der Stadthauptmann 87 Personen, unter ihnen 45 Studirende, mit dreimonatiger Haft bestraft. Unabhängig von dieser Strafe wird gegen die Rädelsführer ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden.

Nach dem „Bureau Laffan“ laufen in Petersburg fast täglich aus verschiedenen Theilen des Landes beunruhigende Meldungen ein. „Wie aus guter Quelle berichtet wird, haben in Tula Soldaten, denen befohlen wurde, auf streikende Arbeiter zu feuern, offen den Gehorsam verweigert. Als ein Offizier versuchte, die Ausführung seiner Befehle zu erzwingen, gingen sie zu thätlicher Meuterei über und schlugen einen Unteroffizier nieder.“

In Moskau sind nach der „Leipziger Volkszeitung“ 21 Offiziere verhaftet worden, weil sie sich geweigert haben, den Soldaten die Ordre mitzutheilen, daß sie bei der ersten nächsten Gelegenheit auf die demonstrirenden Arbeiter und Studenten werden schießen müssen. Es sei gelungen, einen Kongreß der studentischen Organisationen von ganz Rußland abzuhalten, der weitausgreifende, die Bewegung betreffende Beschlüsse gefaßt hat.

Die Weigerung der Offiziere, auf das Volk schießen zu lassen, steht im Zusammenhang mit einem Manifest an die russischen Offiziere, das nach dem „Vorw.“ von den revolutionären Komitees ausgeht.

Der Kampf um's Stimmrecht in Belgien. Die Repräsentantenkammer begann artikelweise die Berathung des Gesetzentwurfs betreffend das allgemeine provinziale und kommunale Stimmrecht. § 1 des ersten Artikels bezüglich des Stimmrechts für Frauen wurde mit 56, gegen 24 Stimmen und 58 Stimmenthaltungen abgelehnt. § 2, welcher das Alter für das kommunale Wahlrecht auf 21 Jahre festsetzt, wurde gleichfalls abgelehnt.

Partei-Angelegenheiten.

Quittung. Im Monat Februar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Alsheim in Rheinhessen, ein Proletarier 3,—. Berlin. Beiträge der Wahlkreise: 3. Kreis 300, . 4. Kreis Ost 2000, . 4. Kreis Südost 1000,—. 5. Kreis 150, . 6. Kreis 1800,—. 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt 700,—. Berlin, diverse Beiträge: 285,80. Von den Bäckern der Genossenschaftsbäckerei 350, . **Breslau,** sozialdemokratischer Verein 50,—. **Beuthen** (Oberschl.), von oberschlesischen Berg- und Hüttenarbeitern 10, . Bern 50, . Bremen, B. C. 10, . Chemnitz, F. u. B. 2, . Coblenz, Rothe beim Karneval 2,20. Cottbus, P. L., Vierteljahrs-Beitrag 2, . Duisburg, von Parteigenossen der Stadt T. 30, . Erfurt, Wahlkreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück 50,—. **Falkenberg** (Oberschlesien) 2, . Forst i. L., von Parteigenossen durch W. S. 200,—. Grabow i. Meckl., durch A. K. 20, . **Gutschdorf bei Striegau,** von Parteigenossen 3, . Greiz, von den Parteigenossen des Wahlkreises Reuß j. L. 100,—. Gotha, durch den Vertrauensmann 30,—. Hastedt bei Bremen, von Genossen 10,—. Halle a. S., von Parteigenossen 500,—. Haßfurt a. M., L. R. 3,—. Hagen i. W., Ungenannt 3,—. Hamburg, im Monat Februar in der Expedition des „Echo“ eingegangen 67,60. Lichtenstein-Callenberg, der Parteikasse durch die Rechtsanwälte L. überwiesen 20, . Leipzig, 12. und 13. sächsischer Reichstagswahlkreis (Leipzig Stadt und Land) 8000,—. Lindenau bei Schneeberg, gesammelt auf einer patriotischen Hochzeit 1,40. Mannheim, von der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Badens 500,—. Mannheim, vom sozialdemokratischen Verein 200, . München, Waldläufer 5,—. München, Gau Süd-Bayern, 4. Quart. 01 67,81. Nürnberg, vom Gau Nordbayern, Restbeitrag für 1901, 556,—. Neumünster, durch W. Fr. 100, . Nürnberg-Altdorf, sozialdemokratischer Verein 20,—. Nürnberg, Markel, 2,—. Offenburg i. B., Wahlverein 20,—. Offenbach, U. für eine Briefmarke 2,—. Pfaffengrund, eingegangen bei der Beerdigung d. Gen. E. d. L. 2, . Regensburg, Parteibeitrag 1. Quartal 1902, 10,—. Rahnsdorf, R. u. P. 6,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Spremberg, von den Genossen 50,—. Solingen, durch den Kreis-Vertrauensmann vom Volksverein in Solingen 10,—, desgl. vom Volksverein in Wald 10,—, desgl. vom Volksverein in Ohligs 10,—, Summa 30,—. **Tschicherzig,** Ueberschuß vom Abschiedskränzchen der Schiffer durch L. Sch. 6,10. **Verden,** 6. hannoverscher Wahlkreis zweites Halbjahr 1901 45,—. Würtemberg 100,—. Weißwasser durch R. M. 10,—. Zeitz, Wahlkreis Zeitz-Weißenfels-Naumburg 100,—.

Berlin, den 10. März 1902.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Arbeiterbewegung.

Der große „Unbekannte“ als Retter Krupp's. Am Montag Abend sollte in der bei Essen belegenen Gemeinde Rüttenscheid, aus Anlaß der jüngsten Krupp'schen „Wohlfahrten“, auch eine Protestversammlung stattfinden Seitens der dort wohnenden Krupp'schen Arbeiter. So wollten diese, doch der große Unbekannte lenkte anders. In letzter Stunde zog der Wirth sein Lokal zurück. Als Grund gab er auf Anfrage an: er dürfe die Versammlung nicht stattfinden lassen! Die stumme Erläuterung des „Nicht-dürfen“ war: Achselzucken! Da die Einwirkung des Unbekannten vorher nicht allgemein mehr bekant wurde, sammelten sich Abends doch etwa 1500 Personen vor dem betreffenden Lokale an. Die Hälfte davon kam in einem anderen Lokale zusammen, wo die schon erwähnte Resolution, in welcher gesetzliche Regelung des „Wohlfahrts“-Kassenwesens verlangt wird, den Versammelten unterbreitet wurde und durch Aufschrift „Ja“ — kein Blatt trug den Vermerk „Nein“ — trotz des großen Unbekannten Annahme fand. Das Uebrige wird in anderen Versammlungen nachgeholt werden.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 20. März.

* **Letzte Wählerversammlung.** War der große Saal des Gewerkschaftshauses diesmal auch nicht überfüllt, so wies die gestrige Wählerversammlung immerhin noch so viele Besucher auf, als die beste Versammlung der Gegner. Nachdem der Einberufer, Genosse Bruhns, versichert hatte, daß die anwesenden Antisemiten ihre Flugblätter nicht an einem stillen Orte niederzulegen brauchten, sondern ungenirt die Tische des Saales damit belegen können, da dies im Gewerkschaftshause jeder Partei gestattet sei, ging es zur Erledigung der Tagesordnung. Einen längeren Bericht über die Versammlung können wir uns sparen, da der Wahltag schon angebrochen ist.

Genosse Bruhns kam noch einmal zurück auf die Einwände, die in freisinnigen Versammlungen gegen das sozialdemokratische Programm gemacht worden sind. Mit zutreffender Schärfe geißelte er die kindische Furcht der Durchschnittsphilister und ihrer Führer vor dem Zukunftsstaatsgespenst und besprach das demokratische Gebahren und die soziale Fürsorgethätigkeit der Herren Liberalen im Gegenwartsstaate. Mit einem beifällig begrüßten Appell an die Wähler, nur dem Sozialdemokraten die Stimme zu geben, schloß er seine Ausführungen.

Hierauf nahm sich Genosse Löbe die Konservativen noch einmal vor und schilderte in knappen Worten ihre Stellung zum Wahlrecht, zum Koalitionsrecht, zur Gesindeordnung und Freizügigkeit, er zeigte, wie das Muckerthum Kunst, Wissenschaft und Schule bevormunden möchte und wie die staatserhaltenden Parteien sehr zu Unrecht sich ihrer Sozialreform, ihrer Mittelstandsfreundlichkeit und ihres Patriotismus rühmen. Er fordert schließlich alle Grafen und Barone, Freiherren und hohe Beamten, Grubenbesitzer und Industriekönige auf, konservativ zu wählen, die Arbeiter und Bürger, Handwerker und Geschäftsleute, kleine Beamte und Händler aber können ihr Interesse nur wahren, wenn sie sozialdemokratisch wählen. (Lebhafter Beifall.)

Eine vorzügliche Rede hielt hierauf unser Kandidat Eduard Bernstein. Auch er ging zunächst auf die in freisinnigen Versammlungen erhobenen Einwände gegen uns ein und widmete längere Zeit der liberalen Angst vor dem sozialdemokratischen Beamtenstaat. Er zeigte, welche Wandlungen schon gegenwärtig der Beamtenkörper durchgemacht hat. Vom zopfigen Bureaukraten vergangener Jahrhunderte bis zum Beamten der Jetztzeit, der von der Oeffentlichkeit kontrollirt wird, ist schon ein weiter Weg. Und erst recht werde der Beamte in einem demokratischen Staatswesen nicht das sein, was die Liberalen befürchten. Bernstein ging mit großer Sachkenntniß auf die Verhältnisse in Frankreich und den Vereinigten Staaten ein, was diese Länder z. B. für die Schule geleistet haben, obwohl sie mit den Vertretern vergangener Staatsformen noch im Kampfe liegen. Einige Worte widmete unser Kandidat auch der liberalen Legende vom Kampfe der Krone gegen die Junker und malte zuletzt in einem lebendigen Bilde die herrschenden Zustände. Wenn man die moderne Gesellschaft mit ihrer Unsicherheit der Existenz, ihren Krisen, ihrer Noth vergleicht mit dem vom Sturme wildbewegten Ozean, dann sind die Menschen Schiffer, die in kleinen Kähnen die brausenden Wogen zu durchschneiden suchen und unter Aufbietung aller Kräfte ihrem Ziel zusteuern. Tausende werden von den Wellen begraben,

Aus aller Welt.

Im Automobil um die Erde. Die erste Reise im Automobil um die Erde, bei der auch Berlin berührt werden soll, bereiten jetzt Ingenieur Cudell in Aachen und Dr. Lebwes in London vor. Die Expedition soll aus sechs bis zehn Mitgliedern einschließlich der Dienerschaft bestehen. Außer einem großen Wagen für die Beförderung der Reisenden sind weitere Fahrzeuge für die Aufnahme von Waffen, Proviant, Zelten, Geräthen, Benzin, Oel, Ersatztheile u. s. w. vorgesehen. Der große Wagen ist nach Art der amerikanischen Palastwagen mit Schlafeinrichtung besonders für diese Reise gebaut. Er hat einen Benzinmotor mit 25 Pferdekräften und kostet 76,000 Franken. Er erhält den Namen Paris-Pavillon. Die Expedition soll Paris schon in der zweiten Hälfte des Monats April verlassen und folgenden Weg nehmen: Paris, Brüssel, Aachen, Köln, Hannover, Berlin, Thorn, Warschau, Smolensk, Moskau, Nishny-Nowgorod, Kasan, Ucheljabinsk, Omsk, Tomsk, Krasnojarsk, Irkutsk, Kjachta, Maimatschin, Peking, Tientsin, Kiautschau, Wladiwostok, Tokio, Hawai, San Francisko, Tehuantepek, Veracruz, New-Orleans, St. Louis, Chicago, Cleveland, Buffalo, Niagara-Fälle, Washington, Philadelphia, New-York.

Kulturarbeit mit dem Beile. Im Anschluß an fünf in letzter Zeit in Naumburg und Halle vollzogenen Hinrichtungen theilt das „Naumburger Kreisblatt“ mit: Seit 1901 verrichtet der Schwiegersohn des alten Reindel, der bisherige Büttelier Engelhardt aus Osterburg, jetzt in Magdeburg, die Arbeit des Nachrichters. Dieser hatte bisher erst zwei Hinrichtungen vollzogen, deshalb war zu seiner Unterstützung Reindel sen., mit nach Naumburg gekommen und hielt auch bei der Hinrichtung der Frau Schädel deren über den Block gebeugten Kopf. Sobald einer der 3 Delinquenten dem Nachrichter übergeben war, setzte dieser den Zylinder ab, entledigte sich des Fracks und vollführte den verhängnißvollen Streich mit dem Beile, dessen Klinge jedesmal einige Zentimeter tief in das Holz eindrang. Nachdem es dann wieder ausgehoben und gereinigt (es wurde stets dasselbe Beil benutzt, nicht, wie berichtet, jedes Mal ein anderes), die Kanne mit dem Blute bei Seite gesetzt, die Leiche in einen hinter einer schwarzen Verkleidung stehenden Sarg gelegt und alle Spuren des Geschehenen verwischt waren, kleidete sich der Nachrichter wieder an und commandirte die Vorführung des nächsten Delinquenten. — Man bedenke: es handelt sich um einen Akt, der zwecks Durchführung „menschlicher Gerechtigkeit“ für unumgänglich nothwendig gehalten wird und nicht um Vorgänge in einer Exquis-Schlächterei! „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!“ Grausamer Hohn!

Langer Schlaf. Großes Aufsehen rief vor etwa zwei Jahren in Deutschland die in einen Dauerschlaf verfallene 13jährige Tochter des Bergmanns Krämer in nahegelegenem Hüttenweiler bei Saarbrücken hervor. Mit dem eigenartigen Zustand dieses Mädchens, das auf nur zwei Monate wieder erwachte, beschäftigten sich damals zahlreiche medizinische Autoritäten. Nachdem das Kind ein Jahr in diesem ununterbrochenen Schlafe im elterlichen Hause gelegen hatte, wurde es in die Irrenanstalt zu Merzig gebracht, wo es fernere sechs Monate schlafend verbrachte. Da der Mund der Krämer selbst unter Anwendung von Gewalt nicht zu öffnen war, mußte dem bedauernswerthen Geschöpf die Nahrung durch die Nase zugeführt werden. Vor ungefähr zwei Monaten ist die Krämer nun zum Bewußtsein gekommen, doch war ihr Gedächtniß geschwunden. Nachdem nach fernern zwei Monaten nunmehr das Erinnerungsvermögen größtentheils wieder zurückgekehrt und der Krämer das während des Dauerschlafes über die Zähne gewachsene Zahnfleisch entfernt worden ist, konnte das Mädchen dieser Tage als geheilt entlassen werden.

Eine Weinkneiperei im Kälberkeller hat den Gutsbesitzer E. Niebuhr in Redderhude vor empfindlichem Schaden bewahrt. Und das ging so zu: Seine jungen Kälber erkrankten an jenen gefürchteten hochgradigen Verdauungsstörungen, wie sie leider häufig beim Jungvieh auftreten und selten gutartig verlaufen, so daß man diese Art Fälle allgemein mit dem Ausdruck „Kälberseuche“ bezeichnet. Da kam dem Gutsbesitzer ein feiner Einfall. Von dem Gedanken ausgehend, daß bei gewissen Verdauungsstörungen in dem menschlichen Organismus ein paar Gläser guter Rothwein oft Wunder thun, ließ er eine Batterie Flaschen aus seinem wohlversehenen Keller holen und flößte nun unter seinen Kälbern — sie machen wollen oder nicht — eine Kneiperei an, daß es eine Art hatte. Jedes Kalb bekam reichlich eine halbe Flasche. Der Erfolg war zunächst ein ganz natürlicher insofern, als die Kälbchen von einer Munterkeit ergriffen wurden, die sehr erfreulich von ihrem vorherigen hinfälligen Zustande abstach, und wenn das Kalb erst vergnügt wird, dann hat's schon keine Noth mehr. In der That hob der in dem Rothwein enthaltene Gerbstoff die Verdauungsbeschwerden auf, die Kälbchen nahmen bald wieder regelrecht Nahrung und sind jetzt wieder ganz munter. So erzählt das „Oldenburger Wochenblatt“.

Eine Amazone aus der Wikingerzeit. Bei Aasnes in Norwegen waren, wie man dem „Berl. Tagebl.“ aus Christiania schreibt, vor einiger Zeit beim Oeffnen eines uralten Grabes neben den Knochen eines Pferdes und verschiedenen Waffen, Pferdegeschirren und dergleichen die recht gut erhaltenen Knochenüberreste eines Menschen gefunden worden, welche man schon damals für das Gerippe einer Frau hielt. Diese Annahme hat sich bestätigt, indem Professor Dr. Guldberg, der Direktor des anatomischen Instituts in Christiania, nach genauen Untersuchungen den Fund unzweifelhaft als die Ueberreste einer schlank gewachsenen weiblichen Person im Alter zwischen zwanzig und dreißig Jahren festgestellt hat. Aus der Lage der einzelnen Fundstücke geht hervor, daß diese Amazone in voller Rüstung mit Waffen und Schmuck begraben worden ist, und es liegt deshalb die natürliche Vermuthung vor, daß sie bei Lebzeiten Waffendienste geleistet, und daß man es also hier mit einer weiblichen Wikingerin zu thun hat. Nach den gefundenen Waffen zu schließen, ist das Grab etwa um die Mitte des zehnten Jahrhunderts, also gegen das Ende der heidnischen Zeit in Norwegen, errichtet worden.

Verhaftung eines Affen. Im „Figaro“ liest man: Wenn es auch nicht sicher ist, daß der Mensch vom Affen abstammt, so kann man doch nicht bestreiten, daß zwischen ihnen sehr große Aehnlichkeiten bestehen. Montag erst konnten in einer der belebtesten Straßen von Paris die Passanten einem Schauspiel beiwohnen, das Darwin's Theorie zu bestätigen scheint. Ein stattlicher Affe, der aus irgend einer Jahrmarktsbude entwichen ist, promenirte friedlich umher und blieb, wie ein braver Bürgersmann, vor den Schaufenstern der Läden stehen. Es war ziemlich warm, und der Affe schien sehr glücklich zu sein. Seine Anwesenheit auf den Straßen verursachte aber merkwürdiger Weise einige Ueberraschung, und er sah sich bald von einer feinen Volksversammlung umgeben. Mehrere Spaziergänger wollten ihn sogar festhalten, aber er nahm einfach aus der Auslage eines Obsthändlers einige Früchte und warf sie den Leuten in's Gesicht. Man war also genöthigt, die Polizei zu holen. Aber jetzt änderte sich das Bild, denn der Affe wurde plötzlich ganz wild und leistete den Hütern des Gesetzes energischen Widerstand. Man hatte die größte Mühe, ihn zur nächsten Polizeiwache zu bringen. Er wehrte sich mit Händen und Füßen, knirschte entsetzlich mit den Zähnen und stieß heisere Töne aus, die offenbar schwere Beleidigungen gegen die Polizei sein sollten. Um ihn festzuhalten, mußten die Polizisten um Verstärkung bitten, und so wurde er denn von vier kräftigen Schutzleuten zum Kommissariat gebracht; die große Menschenmenge, die ihm folgte, war ganz glücklich, als sie sah, daß er sich gegen die Behörde empörte, denn sie glaubte, bei diesem Thiere ihre eigenen Instinkte und Gefühle wiederzufinden.

Unterirdische Seen in Australien. In dem großen Bezirk von Eulla, der den südlichen Theil der Kolonie West-Australien einnimmt, ist in letzter Zeit eine Entdeckung gemacht worden, die für die Entwickelung des betreffenden Gebietes von großer Bedeutung sein dürfte. Wie die „Scottish Geographical Magazine“ berichtet, hat man dort das Vorhandensein zahlreicher unterirdischer Seen in einer Tiefe von 9 bis 10 Metern unter der Erdoberfläche festgestellt, die ein zu jeder Art des Gebrauchs hervorragend geeignetes Wasser enthalten. Bisher war das Eulla-Gebiet völlig unbewohnbar wegen des Mangels an Regen- und Trinkwasser. Jetzt können sich die Verhältnisse durch Ausnutzung der unterirdischen Seen bald verändern, da sich mit der Möglichkeit der Wasserversorgung günstige Aussichten für die Viehzucht und vielleicht sogar für den Ackerbau eröffnen. Auch für die Geographen hat die Entdeckung ein besonderes Interesse, da sie eine Aufklärung für eine bisher räthselhaft gebliebene Erscheinung giebt. Zahlreiche Flüsse des Landgebiets verlieren sich nämlich in den Boden, ohne daß man sich bisher von ihrem Verschwinden Rechenschaft geben konnte. Nun erscheint es als ziemlich gewiß, daß sich das Wasser dieser Flüsse eben in jenen unterirdischen Seen sammelt.

sammt ihrem Fahrzeug auf den Grund des Meeres geschleudert. Da erscheint stolz und ruhig die Wogen durchschneidend ein großes Schiff, sicher steuert es seine Bahn. wirft seine Rettungsleinen aus, um die mit den Wogen Kämpfenden aufzunehmen. Dieses Schiff ist die Sozialdemokratie. Noch sehen wir das Land noch nicht, unser Ideal, unsern Zukunftsstaat, aber wir wissen auf Grund der geschichtlichen und der wirthschaftlichen Forschung, wo wir es zu suchen haben. Und wir verfolgen muthig unser Ziel. Brausender Beifall folgte auf die begeisternden Ausführungen Bernsteins.

Nun sollte die Diskussion stattfinden. Der Vorsitzende, Genosse Bruhns, fragte die anwesenden Gegner, ob einer das Wort wünscht. Kirchenstille. Darauf vereinzelte Rufe: „Heilberg!" „Oehlke!" „Nitschke!" „Muth, Muth." Es meldete sich aber Niemand.

Nun nimmt Genosse Kaul das Wort, um an der Hand des Bibelverses „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!" die Thaten der freisinnigen Männer, die mit ihren Reden oft in klaffendem Widerspruch stehen, zu besprechen. Er theilt die Entlassungen des Vorsitzenden und des Kassirers vom Gemeindearbeiter-Verband mit und versichert, daß der alte Dr. Asch, der schon 1848 auf Seite der Sozialdemokratie stand, bei seinem Tode auch wieder unserer Partei näher stand als der freisinnigen. (Bravo!)

Nachdem noch Genosse Bruhns eine Reihe nützlicher Rathschläge für den Wahltag ertheilt und zu der Verkündung des Resultates am Donnerstag Abend im „Gewerkschaftshause" eingeladen hatte, schloß er die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

w. **Vom preußischen Gemeindewahl„recht".** Von hervorragender Bedeutung für die Wähler der 3. Abtheilung kamen in einem Urtheil zur Entscheidung, das kürzlich das Ober-Verwaltungsgericht in Berlin gefällt hat.

Nach dem § 16 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 muß die Hälfte der von jeder Abtheilung zu wählenden Stadtverordneten aus „Hausbesitzern (Eigenthümern, Nießbrauchern und solchen, die ein erbliches Besitzrecht haben)" bestehen. In Rixdorf bei Berlin war nun bei einer Stadtverordneten-Ersatzwahl in einem Bezirk ein Hausbesitzer zu wählen. Die Sozialdemokraten stellten den Tischlermeister Schneider auf, und als sie von der Absicht, diesen nicht als Eigenthümer anzuerkennen, hörten, gaben sie von Mittags ab dem Kaufmann Kuchlmey ihre Stimme. Schneider erhielt 109, Kuchlmey 102 sozialdemokratische Stimmen, während der bürgerliche Kandidat Steinsetzmeister Wickel nur 6 Stimmen erhielt. Gleichwohl erklärte der Wahlvorstand Wickel für gewählt, indem er die 109 Stimmen Schneiders und die 102 Stimmen Kuchlmeys als ungiltig nicht mitzählte, weil diese Kandidaten nicht vollgiltige Hauseigenthümer bezw. Nießbraucher seien. — Der Parteigenosse Pohl focht die Wahl Wickels an und erzielte auch beim Bezirksausschuß die Ungiltigkeitserklärung derselben. Das Gericht ging gleich dem Kläger davon aus, daß der Wahlvorstand nicht befugt sei, aus dem erwähnten Grunde Stimmen für ungiltig zu erklären. Er hätte nur das Stimmenverhältniß feststellen dürfen und im vorliegenden Falle eine Stichwahl anberaumen müssen. Später hätte er es der Stadtverordneten-Versammlung überlassen müssen, über die Giltigkeit der Wahl selber zu entscheiden. Die Stadtverordneten-Versammlung hätte dann, wenn sie die Wahl für ungiltig hielt, eine Neuwahl anberaumen müssen.

Die Stadtverordneten-Versammlung legte Berufung ein beim Ober-Verwaltungsgericht, vor dem der Kläger Pohl durch den Rechtsanwalt Wolfgang Heine vertreten wurde.

Das Ober-Verwaltungsgericht hob die Vorentscheidung auf und erklärte die Wahl des Herrn Wickel für giltig.

Gründe: Der Wahlvorstand habe, weil ihm die Feststellung des Wahlergebnisses obliege, auch das Recht, die Wählbarkeit des Kandidaten nachzuprüfen und Stimmen für einen nicht wählbaren Kandidaten für ungiltig zu erklären. Folgte man der Auffassung des Klägers und des Bezirksausschusses, dann könnten ja giltige Wahlen von Hausbesitzern mit leichter Mühe verhindert werden. Das Gericht meine: Sei in einem Bezirk ein Stadtverordneter zu wählen und müsse dieser Hausbesitzer sein, wie im vorliegenden Falle, so habe der Wahlvorstand jede hier für einen Nichthausbesitzer abgegebene Stimme so zu behandeln, als wenn die betreffenden Wähler kämen und erklärten: Ich wähle gar nicht; ihre Stimmen seien nicht mitzuzählen. Es müsse hier deshalb der Frage näher getreten werden, ob Schneider und Kuchlmey wirklich nicht Hausbesitzer bezw. Nießbraucher seien. Bei Schneider, der ein Nießbrauchrecht am Hause seiner Frau haben solle, müsse dies ohne Weiteres verneint werden, weil sein Nießbrauchrecht zur Zeit der Wahl nicht grundbuchlich eingetragen gewesen und somit nicht „dinglich" gewesen sei im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Anders lägen die Dinge bei Kuchlmey. Ihm gehörten 17 Achtzehntel eines Hauses, während das letzte Achtzehntel seiner Frau gehöre, und er solle an diesem einem Achtzehntel noch das Nießbrauchrecht haben. Nach Annahme des Gerichts sei er aber trotzdem kein vollgiltiger Hauseigenthümer im Sinne der Städteordnung. Das Gericht sei der Meinung, daß das Gesetz ein ausschließliches Alleinbesitzrecht am Hause verlange, ein Besitzrecht am Ganzen oder auch ein Nießbrauchrecht am Ganzen. Die 17 Achtzehntel Hausbesitz und das eine Achtzehntel Nießbrauch könnten auch nicht zusammengezählt werden, denn Nießbrauch und Eigenthumsrecht seien etwas Verschiedenes, das sich nicht addiren ließe. Die 109 Stimmen Schneiders und die 102 Stimmen Kuchlmeys seien deshalb mit Recht nicht gezählt worden und W. sei mit 5 von 9 giltigen Stimmen gewählt.

* **Leutenoth und Getreidepreise in Schlesien.** „Vereinzelt hat der Arbeitermangel bereits die geregelte Fortführung des Betriebes in Frage gestellt, fast allgemein aber seine Intensität empfindlich beeinflußt." So schildert die amtliche Begründung zum Zolltarif-Entwurfe eine der Hauptschwierigkeiten der Landwirthschaft, giebt damit einen der Hauptgründe, welche nach Ansicht der Regierung eine Aenderung der Zollpolitik erforderlich macht. Vor einiger Zeit schon hat Dr. Vosberg-Rekow in einer Kritik der Begründung darauf hingewiesen, daß in dieser allgemeinen Fassung die Behauptung eine starke Uebertreibung enthält. Es betrug die Kopfzahl der landwirthschaftlichen Bevölkerung im Durchschnitte des Reiches 1882: 58,69 und 1895: 54,79 für 100 Hektar landwirthschaftlicher Fläche, sie verringerte sich also in 13 Jahren um 3,9, d. h. nicht ganz um vier Menschen, wobei doch Frauen und Kinder mit eingerechnet sind. Demgegenüber fragt V. R. nicht mit Unrecht: „Sollte es nicht gelungen sein, durch technische Vervollkommnungen alle 3 Jahre durchschnittlich einen Menschen zu ersparen? Sollte es auch nicht möglich sein, durch Erziehung im Laufe der Jahre eine weit höhere Leistung des einzelnen Arbeiters herauszubekommen? Diese Stelle der Begründung scheint eine der schwächsten zu sein."

Zu den Bezirken, welche von der Abnahme der landwirthschaftlichen Bevölkerung am stärksten betroffen sind, gehört die Provinz Schlesien. Hier sank die landwirthschaftliche Bevölkerung 1882 bis 1895 von 1,970,134 auf 1,628,105 d. h. um 9,1 Prozent, die Kopfzahl auf 100 Hektar von 68,30 auf 60,61, also um 7,7, das Doppelte des Reichsdurchschnittes. Sie betrug im

	1895	1882	also Abnahme
Reg. Liegnitz	53,35	60,09	6,74
„ Oppeln	73,48	81,14	7,66
„ Breslau	55,39	63,84	8,45

Eine Arbeit von Brößling in den „Mittheilungen der Landwirthschaftlichen Institute der Universität Breslau" berechnet für das Jahr 1899, daß in der Provinz Schlesien die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte noch mehr als 1/6 der gesammten ländlichen Arbeiterschaft und fast 1/4 der ständigen ländlichen Arbeiter ausmacht, und daß trotz des 8—10 monatlichen Aufenthaltes dieser Ausländer nur etwa 3/4 der erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Eine Leutenoth ist also als die Hauptschwierigkeit der schlesischen Landwirthschaft unbedingt anzuerkennen; fraglich ist nur, ob die Schlußfolgerung der amtlichen Begründung richtig ist, daß diesem Mangel durch Schutzzölle, also durch eine Steigerung der Getreidepreise abgeholfen werden kann. Die theoretische Erwägung führt nicht zu diesem Ergebnisse, denn der größte Theil der landwirthschaftlichen Arbeiter wird in seinen Existenzbedingungen verschlechtert durch die Vertheuerung der Lebenshaltung und die Arbeitslöhne werden gewiß nicht mehr steigen, als sie es in Folge des Leutemangels jetzt schon müssen. Außerdem wird durch die Getreidezölle der Großgrundbesitz zweifellos mehr gefördert als der Kleinbetrieb, also diesem gegenüber gestärkt, und es ist eine allbekannte Thatsache, daß mit dem Zunehmen des Großgrundbesitzes die landwirthschaftliche Bevölkerung stets abnimmt. Aber auch eine geschichtliche Betrachtung zeigt, daß die Hoffnung auf eine Besserung der Arbeiterverhältnisse durch Zölle trügerisch ist: Gerade die Zeit der höchsten Getreidepreise, von Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre, hat in Schlesien einen starken Rückgang der landwirthschaftlichen Bevölkerung gebracht, wie der Reichstagsabgeordnete Gothein in seinem Buche über den deutschen Außenhandel ausführlich nachgewiesen hat.

Während von 1867—75 sich die Bevölkerung des Gebietes des späteren Deutschen Reiches um 6,53 Proz., die Preußens sogar um 7,31 Proz. vermehrte, zeigte die große Mehrzahl der landwirthschaftlichen Kreise einen Bevölkerungsrückgang. So verminderte sich in dem genannten Zeitraume die Bevölkerung der ländlichen Bezirke nachstehender Kreise der Provinz Schlesien;

Namslau	um 0,14 Proz.	Lüben	um 3,0 Proz.
Wartenberg	„ 1,4 „	Bunzlau	„ 4,9 „
Trebnitz	„ 4,5 „	Goldberg-Haynau	„ 4,1 „
Militsch	„ 1,9 „	Jauer	„ 4,1 „
Guhrau	„ **7,4** „	Schönau	„ **6,3** „
Steinau	„ 1,8 „	Bolkenhain	„ 2,1 „
Wohlau	„ **6,1** „	Löwenberg	„ **7,2** „
Neumarkt	„ 1,6 „	Lauban	„ 1,5 „
Ohlau(v.1871—75)	„ 0,3 „	Rothenburg a/O.	„ 0,5 „
Münsterberg	„ 2,5 „	Hoyerswerda	„ 0,7 „
Frankenstein	„ 0,6 „	Rosenberg	„ 1,8 „
Grünberg	„ 1,5 „	Groß-Strehlitz	„ 2,5 „
Freistadt	„ 5,1 „	Lublinitz	„ 2,5 „
Sprottau	„ 2,8 „	Falkenberg	„ 5,0 „
Glogau	„ 4,5 „	Grottkau	„ 2,6 „

Wir sehen also: Die günstige Lage der größeren Grundbesitzer führte auch nicht einmal eine Vermehrung der Bevölkerungszahl in den eigentlichen Landstädten herbei, im Gegentheile, selbst die letzteren zeigen in jener Zeit einen Bevölkerungs-Rückgang, soweit nicht eine im Aufschwunge begriffene Industrie zu einer Steigerung der Einwohnerzahl führte. Selbst in dieser Zeit günstigster Getreidepreise ist im Wesentlichen nur die Industrie im Stande gewesen, den Bevölkerungsüberschuß in Schlesien aufzunehmen, und was noch wichtiger ist, die hohen Preise des Getreides haben das Gegentheil von dem bewirkt, was man jetzt davon erhofft, eine Abnahme statt einer Zunahme der landwirthschaftlichen Bevölkerung.

* **Breslauer Handwerkskammer.** Im Landes-Versicherungs-Gebäude tagte am 18. d. Mts. die vierte Vollversammlung der Breslauer Handwerkskammer. Geleitet wurde dieselbe von dem Kammervorsitzenden Herrn Schieferdecker-Obermeister Hähndel. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Syndikus, Herr Dr. Paerschke, einen Thätigkeitsbericht des Vorstandes.

Der Vorstand hat an den Berathungen des Zentralausschusses der deutschen Baugewerksmeister betreffend den Gesetzentwurf zur Sicherung der Bauforderungen Theil genommen. Die Materie sei zwar durchberathen, aber eine Beschlußfassung für unnöthig erachtet worden, weil allgemein die Meinung vorgeherrscht habe, daß der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt von der Regierung zurückgezogen werden wird. Sollte er aber doch aufrecht gehalten werden, dann werden jedenfalls die Berathungen weiteren Fortgang nehmen. Der Breslauer Kammer sei Seitens der Gewerbe- und Handwerkskammern der Auftrag geworden, der Regierung Vorschläge zur Erweiterung der Invaliditäts- und Altersversicherung für selbstständige Handwerker zu machen. Dieser Arbeit habe sich der Vorstand bereitwilligst unterzogen und er wird auch in absehbarer Zeit der Regierung geeignete Vorschläge unterbreiten. Die selbstständigen Handwerker sollen auch der Wohlthaten der sozialen Einrichtungen theilhaftig werden. Ferner hat der Vorstand auch einer Berathung von Gewerbetreibenden beigewohnt, welche auf Grund einer Ministerialverordnung, betreffend das Auktionswesen, vom Breslauer Regierungs-Präsidenten veranlaßt worden ist. Es haben sich im Auktionswesen verschiedene Uebelstände zum Nachtheil von Gewerbetreibenden herausgestellt; einige Berufe, besonders Goldarbeiter, Uhrmacher, Schuhmacher, haben darüber Klage geführt. Es stehe zu erwarten, daß gesetzgeberische Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände Platz greifen werden. Auch mit dem Zolltarif hat die Kammer sich beschäftigt, es sind einige Wünsche bezüglich des Tarifs laut geworden, zu demselben wie überhaupt zur Zollfrage werde die Kammer erst Stellung nehmen, wenn die Verhandlungen im Reichstage so weit gediehen sein werden, „daß es zum Abschluß von Handelsverträgen kommt". Im Weiteren sei man den Wünschen der Gewerbetreibenden auf Verlängerung der Verkaufszeit entgegengekommen, der Vorstand hat sich dieserhalb mit der Handelskammer in Verbindung gesetzt, und gemeinsam sei eine Eingabe an das Polizei-Präsidium zu diesem Zwecke gerichtet worden, welche voraussichtlich Erfolg haben werde. Die Regelung des Lehrlingswesens wie der Normallehrvertrag, wie sie von der Breslauer Kammer aufgestellt, sei vom Minister genehmigt worden. Die Kammer habe es abgelehnt, sich dem Zentralverbande gewerblicher Genossenschaften anzuschließen. Eine Debatte über den Bericht fand nicht statt. Der nächste Gegenstand betraf: „Instruktion für die Beauftragten für das Lehrlingswesen." In der 3. Vollversammlung ist nämlich beschlossen worden, dem Vorstand und dem Ausschuß für das Lehrlingswesen die Wahl von Beauftragten zu übertragen, die Beauftragten sollten mit einer Instruktion, sowie einer Legitimation zur Ausübung der Kontrolle versehen werden. Bei der Ausführung dieses Beschlusses sind dem Vorstande jedoch Bedenken aufgestoßen, so daß die Angelegenheit noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt werden mußte. Wir führen aus der Dienstanweisung für die Beauftragten das Wesentlichste an: Die Beauftragten haben in den von der Kammer bezeichneten Betrieben, die ihnen durch die Gewerbeordnung und die das Gesetz ergänzenden statutarischen Vorschriften des Bundesraths und der Landeszentralbehörde, der Kammer und der Innungen zugewiesenen Rechte und Pflichten wahrzunehmen und dazu, wenn möglich, jeden Betrieb innerhalb eines Jahres einmal zu besuchen. Die Beauftragten haben ihre Thätigkeit nicht als eine polizeiliche, sondern als eine mit dem Recht kollegialer Rücksichtnahme, Berathung und Belehrung verbundener Aufsicht zu erfassen. Die Ueberwachung hat sich auf die Befolgung der für die Beschäftigung der Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter, für den Besuch der Fortbildungs- oder Fachschulen und für die Regelung des Lehrlingswesens erlassenen oder der sonstigen gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen in den Handwerksbetrieben zu erstrecken. Die Beauftragten haben sich insbesondere von der Beschaffenheit der Logir- und Kosthäuser Kenntniß zu verschaffen. Die Besichtigung hat sich auch auf die Unterkunftsräume der Gesellen und Arbeiter zu erstrecken, wenn der Betrieb das Wohnen beim Arbeitgeber mit sich bringt. Die Beauftragten haben sich auch von der Ausbildung der Lehrlinge zu überzeugen und sich über die regelrechte Ueberweisung durch den Lehrherrn oder seinen Vertreter Gewißheit zu verschaffen. Diese Dienstanweisung, welche davon Zeugniß abgelegt hätte, daß die Innungen wirklich praktische Arbeit zum Wohle ihrer selbst und ihrer Arbeiter leisten wollen, ist jedoch abgelehnt bezw. zurückgestellt worden. Herr Bäcker-Obermeister Prussog erklärte, daß die Durchführung dieser Vorschriften den Beauftragten zu viel Unannehmlichkeiten und Nachtheile verursachen würde und daß es daher besser sei, sie vorläufig bei Seite zu lassen. Derselben Meinung waren auch noch andere Redner, und so wurde die Vorlage abgelehnt. Es folgte darauf die Festsetzung des Haushalts-Etats für 1902. Die Einnahmen und Ausgaben balanziren in einer Höhe von 37,500 Mk. Im Jahre 1901 betrugen sie 27,500 Mk. Zur Förderung des Handwerks sind 9000 Mk. ausgeworfen. Die Versammlung beschloß alsdann die Schaffung eines eigenen amtlichen Organs mit einer Inseraten-Beilage. Die Prüfungsgebühren für Fabriklehrlinge, die sich der Gesellenprüfung unterziehen wollen, wurden auf 15 Mk. festgesetzt. Der Vorstand empfahl die Zuwahl des um das Handwerk verdienten Direktors der städtischen gewerblichen Fortbildungsschulen, Herrn Heyer. Dieselbe wurde von der Versammlung genehmigt. Ferner empfahl der Vorstand, sich der Petition betreffend die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Schlesien anzuschließen. Dem Antrage wurde entsprochen. Die Gesellen-Ausschüsse wählten Töpfer Aust einstimmig an Stelle des ausgeschiedenen Tischlers Kitzler. Es wurden alsdann noch mehrere geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

* **Was in Oberschlesien passirt.** Furchtbare Folgen hat ein Versehen einer oberschlesischen Gefängnißverwaltung gehabt, die einen Strafgefangenen irrthümlich zwei Monate zu früh entließ. Der Strafgefangene, ein Bergarbeiter Blasczek von Scharley begab sich nach seiner Freilassung in sein Heimathsdorf und arbeitete mehrere Monate als friedlicher Bergmann. Plötzlich, eines Sonntags, als er mit seinen Kameraden in der Kneipe sitzt, wird er von einem Gendarmen verhaftet. Die Verhaftung ging natürlich, da sie völlig unbegründet erschien, nicht friedlich ab, es kam zu Streitigkeiten mit dem Gendarm, zu „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und zu einem Strafverfahren gegen Blasczek und seine Kollegen, das ihm 1½ Jahre, einem Kollegen 4 Jahre und Anderen ähnliche Strafen brachte.

Wer in aller Welt mag die Verhaftung, noch dazu an einem Sonntag Abend in einem Gasthause, angeordnet haben? Blasczek's Verhalten nach seiner vorzeitigen Entlassung aus dem Gefängniß hatte keinerlei Veranlassung gegeben, ihn für fluchtverdächtig zu halten, er wohnte mit seiner Familie an seinem Wohnorte als arbeitsamer Mann, jetzt sitzt er wieder im Gefängniß.

* **Beschäftigung der Angestellten im Gast- und Schankwirthgewerbe.** Das königliche Polizeipräsidium macht bekannt, daß die neuen Bestimmungen betreffend die Beschäftigung der Gehilfen und Lehrlinge in Schankwirthschaften, welche bereits vor mehreren Wochen im Wortlaut von uns mitgetheilt worden sind, mit dem 1. April d. J. in Kraft treten. Darnach ist jedem Gehilfen und Lehrling über sechszehn Jahre für die Woche sieben Mal eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens acht Stunden zu gewähren. Für Gehilfen und Lehrlinge unter sechszehn Jahren muß die Ruhezeit mindestens neun Stunden betragen. Gehilfen und Lehrlinge unter sechszehn Jahren dürfen in der Zeit von zehn Uhr Abends bis sechs Uhr Morgens nicht beschäftigt werden. Außerdem dürfen Gehilfen und Lehrlinge weiblichen Geschlechts zwischen sechszehn und achtzehn Jahren, welche nicht zur Familie des Arbeitgebers gehören, während dieser Zeit nicht zur Bedienung der Gäste verwendet werden. Als Gehilfen und Lehrlinge im Sinne dieser Bestimmungen gelten solche Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, welche im Betriebe der Gast- und Schankwirthschaften als Oberkellner, Kellner oder Kellnerlehrlinge, als Köche oder Kochlehrlinge, am Buffet oder mit dem Fertigmachen kalter Speisen beschäftigt werden.

* **Dreißig Mark Belohnung!** In der letzten Zeit sind des Nachts an verschiedenen Stellen der städtischen Promenaden, so am Museum, an der Lutherkirche, am Ohlaufer in der Nähe der Turnhalle Diebstähle vorgekommen. Insbesondere wurden durch Abschneiden der Triebe Nadelbäume beschädigt und verstümmelt. Der Magistrat richtet daher an Jedermann die Bitte, die städtischen öffentlichen Anlagen nach Möglichkeit unter Schutz zu nehmen, und sichert Demjenigen, der die Festnahme einer Person wegen gewaltsamer, zur Nachtzeit verübter Beschädigung von Anlagen veranlaßt oder solche zur Anzeige bringt, sodaß ihre Verurtheilung erfolgt, eine Belohnung von 30 Mark zu.

* **Erst verurtheilt, dann freigesprochen.** Vom Schöffengericht zu Striegau wurde s. Z. der Steinarbeiter Ernst Mai aus Gräben wegen Beleidigung zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt, doch legte er gegen dieses Erkenntniß Berufung ein. Während des Steinarbeiterstreikes im Juli v. J. bekam der Steinbruchbesitzer Sebastian einen Brief, dessen Inhalt von Beleidigungen strotzte. Der Angeklagte kam in den Verdacht, das mit verstellter Handschrift angefertigte Schreiben verfaßt zu haben und wurde er auf Grund des Vergleichs mit anderen von ihm ausgestellten Schriftstücken auch für schuldig befunden und auf oben genannte Strafe erkannt. In der Verhandlung vor dem Landgericht Schweidnitz stellt er die Strafthat auf das Entschiedenste in Abrede. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung, da auf Grund der erneuten Beweisaufnahme nicht der mindeste Verdacht auf den Angeklagten falle. Der Gerichtshof erkannte diesem Antrage gemäß.

* **Verbrüht.** Am 16. d. M. hatte die Frau eines Alsenstraße wohnenden Schneidermeisters einen Topf heißen Wassers mit Soda in der Küche auf den Fußboden gestellt. Ihr 2½ Jahre alter Sohn kam dem Topf zu nahe und stürzte rücklings hinein. Die Mutter sprang zwar schnell herbei und zog das Kind heraus, es hatte aber bereits so schwere Verletzungen erlitten, daß es in das Allerheiligenhospital gebracht werden mußte, wo es inzwischen in Folge der Verbrühungen gestorben ist.

* **Selbstmord.** In Posen hat sich am 16. d. M. in einem Nebenraum des Apollotheaters ein Mann erschossen. In dem Entseelten ist ein Metalldreher aus Breslau erkannt worden.

* **Aus dem Armenhause entlaufen.** Am 18. d. Mts. Nachts wurde in einem Hause auf der Neudorfstraße ein acht Jahre alter Schulknabe schlafend angetroffen. Der Knabe war am Tage zuvor aus dem Armenhause entlaufen und wurde dorthin zurückgeführt.

* **Aufgefundenes Mädchen.** Am 18. d. Mts. wurde auf der Salzstraße ein vier Jahre altes Mädchen ohne Aufsicht angetroffen und in vorläufige Verpflegung gegeben. Als Mutter des Kindes wurde die Frau eines Knechtes vom Dominium Tüschkowitz, Kreis Breslau, ermittelt. Dieselbe lebt mit ihren zwei Kindern seit fünf Wochen von ihrem Manne getrennt und nächtigt hier in einem Asyl.

* **Vermißt** wird der 36 Jahre alte Kaufmann Richard Mießler, Ohlauerstraße 88, seit dem 1. d. Mts. Er ist mit schwarzem weichen Hut, dunklem Jaquetanzug, schwarzem Sommerüberzieher und Gamaschen bekleidet. — Seit dem 16. d. Mts. der 13 Jahre alte Knabe Fritz Gudmann, dessen Eltern

gleichen. Auch das schottische Moorhuhn flatterte zum letzten Male über die Bühne. Es hat zu einem kleinen Konflikt zwischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus geführt, das das Schneehuhn ausdrücklich von der dem Moorhuhn bewilligten Schonzeit ausnehmen wollte. In diesem Konflikt ist das Abgeordnetenhaus glorreich Sieger geblieben; das Herrenhaus willigte stumm in die Streichung der von ihm kühn eingesetzten Worte: „Ausgenommen Schneehuhn."

Wider den Brotwucher. In Rottleberode und Rosperwende im Sangerhäuser Harz wurden in Versammlungen des Bundes der Landwirthe auf Antrag von Gegnern ziemlich einstimmig Resolutionen gegen jede Zollerhöhung angenommen.

In den letzten Tagen hat der Bund der Landwirthe eine große Zahl von Versammlungen in dem von einem agrarischen Konservativen vertretenen Kreise Sangerhausen abgehalten. Seine Erfolge waren jedoch, wenigstens in dem nach dem Harz zu belegenen Theile des Wahlkreises, gering. Fast überall da, wo tüchtige Gegner dem Bundesredner entgegentraten, ließen sich die kleinen Bauern von der Schädlichkeit der bündlerischen Bestrebungen überzeugen. Es ging also den Bündlern wie in der Breslauer Gegend. Noch in zwei anderen Orten, in Breitenstein und Rödishagen, wurden sogar fast einstimmig Resolutionen gegen jede Erhöhung der Getreidezölle angenommen.

Ausweisung russischer und polnischer Studenten. In den letzten Tagen wurden aus Preußen vierzig russische und polnische Studenten, meist Hörer der Technischen Hochschule, wegen politischer Umtriebe und weil sie sich mißliebig gemacht hatten, ausgewiesen. Mehrere Russen sind noch vor dem Empfang des Ausweisungsbefehls nach der Schweiz abgereist.

Gegen das Urtheil im Prozeß wegen der angeblichen Duellrede des Kaisers in Berlin hat der Rechtsanwalt Dr. Halvert für den zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilten Redakteur Groll die Revision eingelegt, während sich die zu 500 resp. 300 Mk. Geldstrafe verurtheilten Angeklagten, Buchdruckereibesitzer Stein und Geh. Rechnungsrath Steinbach, ebenso wie die Staatsanwaltschaft bei dem Urtheil beruhigt hat.

Prinz Heinrich ist wieder da und vom Kaiser in Cuxhaven empfangen worden. Die königstreue „Deutsche Tagesztg." bringt aus diesem Anlaß einen Leitartikel, der mit der Erklärung schließt: „Unter solchen Umständen wird man von uns nicht verlangen können, daß wir mit reiner Genugthuung auf die Ergebnisse des Prinzenbesuches in Amerika blicken. Wir können die Frage nicht unterdrücken: Welche wirthschaftlichen Zugeständnisse hat man wohl aus Freude über den „Erfolg" an Amerika gemacht? Oder welche Geschenke hält man wohl bereit, um die amerikanische Freundschaft warm zu halten?"

Eine „jüngere Kraft". Fürst Herbert Bismarck ermächtigt das „Genthiner Wochenblatt" zu der Erklärung: er verzichte auf eine Wiederwahl in den Reichstag nur dann, wenn sich eine jüngere Kraft finde, die Aussicht auf Erfolg habe. Andernfalls wolle er, falls die Wähler ihm ihr Vertrauen bewahren, seine Kandidatur aufrecht erhalten.

Ob die Kraft „jünger" ist, als der jetzige Abgeordnete, darauf kommt es wohl nicht an. Auch ein älterer Mann als der Abgeordnete Fürst Bismarck könnte das Mandat sehr gut wahrnehmen, sofern er überhaupt eine Kraft ist. Darüber aber werden die Wähler zu befinden wissen, die in ihrer Mehrzahl diesmal voraussichtlich den gegenwärtigen Abgeordneten durch eine antireaktionäre Kraft ersetzen werden.

Anzeichen einer wirthschaftlichen Besserung in Bayern sind nach einer Zuschrift zu verzeichnen, die den „M. N. N." von angeblich sachmännischer Seite zugeht. Es heißt darin unter Anderem: „Der Verkehr auf den bayerischen Bahnen ist seit zwei Monaten derart ungeheuer, daß er alle früheren Jahre bei Weitem übertrifft. Die Ausweise sowohl bei Staats- als Lokalbahnen sind geradezu glänzend. Der Verkehr ist derart, daß zur Bewältigung des Wagenverkehrs am Sonntage Güterzüge laufen, und es besteht jetzt schon Wagenmangel, der sich voraussichtlich in den nächsten Monaten noch verschärfen wird." Hoffentlich hält's vor.

Ausland.

Aus Rußland kommen Nachrichten über neue Unruhen bedenklicher Art:

In Petersburg sonderten sich am Sonntag Mittag aus der Menge des auf dem Newski-Prospekt spazieren gehenden Publikums eine Anzahl Personen aus, die unter Geschrei Flaggen entfalteten und bei der katholischen Kirche Straßenkundgebungen zu veranstalten versuchten. Die Flaggenträger wurden sofort verhaftet und der Auflauf wurde zerstreut. Im Ganzen wurden etwa 100 Verhaftungen vorgenommen.

„Wolffs Bureau" meldet noch: Auf Grund einer am Mittwoch veröffentlichten amtlichen Bekanntmachung haben am Sonntag in Petersburg Ruhestörer rothe Flaggen mit aufrührerischen Inschriften entfaltet. Wegen Uebertretung von polizeilichen Bestimmungen über Straßenansammlungen hat der Stadthauptmann 87 Personen, unter ihnen 45 Studirende, mit dreimonatiger Haft bestraft. Unabhängig von dieser Strafe wird gegen die Rädelsführer ein gerichtliches Verfahren eingeleitet werden.

Nach dem „Bureau Laffan" laufen in Petersburg fast täglich aus verschiedenen Theilen des Landes beunruhigende Meldungen ein. „Wie aus guter Quelle berichtet wird, haben in Tula Soldaten, denen befohlen wurde, auf streikende Arbeiter zu feuern, offen den Gehorsam verweigert. Als ein Offizier versuchte, die Ausführung seiner Befehle zu erzwingen, gingen sie zu thätlicher Meuterei über und schlugen einen Unteroffizier nieder."

In Moskau sind nach der „Leipziger Volkszeitung" 21 Offiziere verhaftet worden, weil sie sich geweigert haben, den Soldaten die Ordre mitzutheilen, daß sie bei der ersten nächsten Gelegenheit auf die demonstrirenden Arbeiter und Studenten werden schießen müssen. Es sei gelungen, einen Kongreß der studentischen Organisationen von ganz Rußland abzuhalten, der weitausgreifende, die Bewegung betreffende Beschlüsse gefaßt hat.

Die Weigerung der Offiziere, auf das Volk schießen zu lassen, steht im Zusammenhang mit einem Manifest an die russischen Offiziere, das nach dem „Vorw." von den revolutionären Komitees ausgeht.

Der Kampf um's Stimmrecht in Belgien. Die Repräsentantenkammer begann artikelweise die Berathung des Gesetzentwurfs betreffend das allgemeine provinziale und kommunale Stimmrecht. § 1 des ersten Artikels bezüglich des Stimmrechts für Frauen wurde mit 56, gegen 24 Stimmen und 58 Stimmenthaltungen abgelehnt. § 2, welcher das Alter für das kommunale Wahlrecht auf 21 Jahre festsetzt, wurde gleichfalls abgelehnt.

Partei-Angelegenheiten.

Quittung. Im Monat Februar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Alsheim in Rheinhessen, ein Proletarier 3,—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 3. Kreis 300,—. 4. Kreis Ost 2000,—. 4. Kreis Südost 1000,—. 5. Kreis 150,—. 6. Kreis 1800,—. 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt 700,—. Berlin, diverse Beiträge. 365,80. Von den Bäckern der Genossenschaftsbäckerei 350,—. **Breslau**, sozialdemokratischer Verein 50,—. **Beuthen** (Oberschl.), von oberschlesischen Berg- und Hüttenarbeitern 40,—. Bern 50,—. Bremen, B. C. 10,—. Chemnitz, F. u. B. 2,—. Coblenz, Rothe beim Karneval 2,20. Cordus, P. P., Vierteljahrs-Beitrag 2,—. Duisburg, von Parteigenossen der Stadt T. 30,—. Erfurt, Wahlkreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück 50,—. **Falkenberg** (Oberschlesien) 2,—. Forst i. L., von Parteigenossen durch W. S. 200,—. Grabow i. Mecl., durch A. K. 20,—. **Gutschdorf bei Striegau**, von Parteigenossen 3,—. Greiz, von den Parteigenossen des Wahlkreises Reuß ä. L. 100,—. Gotha, durch den Vertrauensmann 30,—. Hastedt bei Bremen, vom Genossen 10,—. Halle a. S., von Parteigenossen 500,—. Haßfurt a. M., L. R. 3,—. Hagen i. W., Ungenannt 3,—. Hamburg, im Monat Februar in der Expedition des „Echo" eingegangen 67,60. Lichtenstein-Callenberg, der Parteikasse durch die Rechtsanwälte L. überwiesen 20,—. Leipzig, 12. und 13. sächsischer Reichstagswahlkreis (Leipzig Stadt und Land) 8000,—. Lindenau bei Schneeberg, gesammelt auf einer patriotischen Hochzeit 1,30. Mannheim, von der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Badens 500,—. Mannheim, vom sozialdemokratischen Verein 200,—. München, Waldläufer 5,—. München, Gau Süd-Bayern, 4. Quart. 01 (7,81). Nürnberg, vom Gau Nordbayern, Restbetrag für 1901, 558,—. Neumünster, durch W. Fr. 100,—. Nürnberg-Altdorf, sozialdemokratischer Verein 20,—. Nürnberg, Markel, 2,—. Offenburg i. B., Wahlverein 26,—. Offenbach, U. für eine Briefmarke 2,—. Pfaffengrund, eingegangen bei der Beerdigung d. Gen. E. d. L. 2,—. Regensburg, Parteibeitrag 1. Quartal 1902, 10,—. Rahasdorf, R. u. P. 6,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Spremberg, von den Genossen 50,—. Solingen, durch den Kreis-Vertrauensmann vom Volksverein in Solingen 10,—, desgl. vom Volksverein in Wald 10,—, desgl. vom Volksverein in Ohligs 10,—, Summa 30,—. **Tschicherzig.** Ueberschuß vom Abschiedskränzchen der Schiffer durch L. Sch. 6,10. Verden, 6. hannoverscher Wahlkreis zweites Halbjahr 1901 45,—. Würtemberg 100,—. Weißwasser durch R. M. 10,—. Zeitz, Wahlkreis Zeitz-Weißenfels-Naumburg 100,—.

Berlin, den 10. März 1902.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Arbeiterbewegung.

Der große „Unbekannte" als Retter Krupp's. Am Montag Abend sollte in der bei Essen belegenen Gemeinde Rüttenscheid, aus Anlaß der jüngsten Krupp'schen „Wohlfahrten", auch eine Protestversammlung stattfinden Seitens der dort wohnenden Krupp'schen Arbeiter. So wollten diese, doch der große Unbekannte lenkte anders. In letzter Stunde zog der Wirth sein Lokal zurück. Als Grund gab er auf Anfrage an: er dürfe die Versammlung nicht stattfinden lassen! Die stumme Erläuterung des „Nicht-dürfen" war: Achselzucken! Da die Einwirkung des Unbekannten vorher nicht allgemein mehr bekant wurde, sammelten sich Abends doch etwa 1500 Personen vor dem betreffenden Lokale an. Die Hälfte davon kam in einem anderen Lokale zusammen, wo die schon erwähnte Resolution, in welcher gesetzliche Regelung des „Wohlfahrts"-Kassenwesens verlangt wird, den Versammelten unterbreitet wurde und durch Aufschrift „Ja" — kein Blatt trug den Vermerk „Nein" — trotz des großen Unbekannten Annahme fand. Das Uebrige wird in anderen Versammlungen nachgeholt werden.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 20. März.

* **Letzte Wählerversammlung.** War der große Saal des Gewerkschaftshauses diesmal auch nicht überfüllt, so wies die gestrige Wählerversammlung immerhin noch so viele Besucher auf, als die beste Versammlung der Gegner. Nachdem der Einberufer, Genosse Bruhns, versichert hatte, daß die anwesenden Antisemiten ihre Flugblätter nicht an einem stillen Orte niederzulegen brauchten, sondern ungenirt die Tische des Saales damit belegen können, da dies im Gewerkschaftshause jeder Partei gestattet sei, ging es zur Erledigung der Tagesordnung. Einen längeren Bericht über die Versammlung können wir uns sparen, da der Wahltag schon angebrochen ist.

Genosse Bruhns kam noch einmal zurück auf die Einwände, die in freisinnigen Versammlungen gegen das sozialdemokratische Programm gemacht worden sind. Mit zutreffender Schärfe geißelte er die kindische Furcht der Durchschnittsphilister und ihrer Führer vor dem Zukunftsstaatsgespenst und besprach das demokratische Gebahren und die soziale Fürsorgethätigkeit der Herren Liberalen im Gegenwartsstaat. Mit einem beifällig begrüßten Appell an die Wähler, nur dem Sozialdemokraten die Stimme zu geben, schloß er seine Ausführungen.

Hierauf nahm sich Genosse Löbe die Konservativen noch einmal vor und schilderte in knappen Worten ihre Stellung zum Wahlrecht, zum Koalitionsrecht, zur Gesindeordnung und Freizügigkeit, er zeigte, wie das Muckerthum, Kunst, Wissenschaft und Schule bevormunden möchte und wie die staatserhaltenden Parteien sehr zu Unrecht sich ihrer Sozialreform, ihrer Mittelstandsfreundlichkeit und ihres Patriotismus rühmen. Er fordert schließlich alle Grafen und Barone, Freiherren und hohe Beamten, Grubenbesitzer und Industriekönige auf, konservativ zu wählen, die Arbeiter und Bürger, Handwerker und Geschäftsleute, kleine Beamte und Händler aber können ihr Interesse nur wahren, wenn sie sozialdemokratisch wählen. (Lebhafter Beifall.)

Eine vorzügliche Rede hielt hierauf unser Kandidat Eduard Bernstein. Auch er ging zunächst auf die in freisinnigen Versammlungen erhobenen Einwände gegen uns ein und widmete längere Zeit der liberalen Angst vor dem sozialdemokratischen Beamtenstaat. Er zeigte, welche Wandlungen schon gegenwärtig der Beamtenkörper durchgemacht hat. Vom zopfigen Bureaukraten vergangener Jahrhunderte bis zum Beamten der Jetztzeit, der von der Oeffentlichkeit kontrollirt wird, ist schon ein weiter Weg. Und erst recht werde der Beamte in einem demokratischen Staatswesen nicht das sein, was die Liberalen befürchten. Bernstein ging mit großer Sachkenntniß auf die Verhältnisse in Frankreich und den Vereinigten Staaten ein, was diese Länder z. B. für die Schule geleistet haben, obwohl sie mit den Vertretern vergangener Staatsformen noch im Kampfe liegen. Einige Worte widmete unser Kandidat auch der liberalen Legende vom Kampfe der Krone gegen die Junker und malte zuletzt in einem lebendigen Bilde die herrschenden Zustände. Wenn man die moderne Gesellschaft mit ihrer Unsicherheit der Existenz, ihren Krisen, ihrer Noth vergleicht mit dem vom Sturme wildbewegten Ozean, dann sind die Menschen Schiffer, die in kleinen Kähnen die brausenden Wogen zu durchschneiden suchen und unter Aufbietung aller Kräfte ihrem Ziel zusteuern. Tausende werden von den Wellen begraben,

Aus aller Welt.

Im Automobil um die Erde. Die erste Reise im Automobil um die Erde, bei der auch Berlin berührt werden soll, bereiten jetzt Ingenieur Cudell in Aachen und Dr. Lebwes in London vor. Die Expedition soll aus sechs bis zehn Mitgliedern einschließlich der Dienerschaft bestehen. Außer einem großen Wagen für die Beförderung der Reisenden sind weitere Fahrzeuge für die Aufnahme von Waffen, Proviant, Zelten, Geräthen, Benzin, Oel, Ersatztheile u. s. w. vorgesehen. Der große Wagen ist nach Art der amerikanischen Palastwagen mit Schlafeinrichtung besonders für diese Reise gebaut. Er hat einen Benzinmotor mit 25 Pferdekräften und kostet 76,000 Franken. Er erhält den Namen Paris-Pantout. Die Expedition soll Paris schon in der zweiten Hälfte des Monats April verlassen und folgenden Weg nehmen: Paris, Brüssel, Aachen, Köln, Hannover, Berlin, Thorn, Warschau, Smolensk, Moskau, Nishny-Nowgorod, Kasan, Tscheljabinsk, Omsk, Tomsk, Krasnojarsk, Irkutsk, Kjachta, Maimatschin, Peking, Tientsin, Kiautschau, Wladiwostok, Tokio, Hawai, San Francisko, Tehuantepek, Veracruz, New-Orleans, St. Louis, Chicago, Cleveland, Buffalo, Niagara-Fälle, Washington, Philadelphia, New-York.

Kulturarbeit mit dem Beile. Im Anschluß an fünf in letzter Zeit in Naumburg und Halle vollzogenen Hinrichtungen theilt das „Naumburger Kreisblatt" mit: Seit 1901 verrichtet der Schwiegersohn des alten Reindel, der bisherige Buffetier Engelhardt aus Osterburg, jetzt in Magdeburg, die Arbeit des Nachrichters. Dieser hatte bisher erst zwei Hinrichtungen vollzogen, deshalb war zu seiner Unterstützung Reindel sen. mit nach Naumburg gekommen und hielt auch bei der Hinrichtung der Frau Schäder deren über den Block gebeugten Kopf. Sobald einer der 3 Delinquenten dem Nachrichter übergeben war, setzte dieser den Zylinder ab, entledigte sich des Fracks und vollführte den verhängnißvollen Streich mit dem Beile, dessen Klinge jedesmal einige Zentimeter tief in das Holz eindrang. Nachdem es dann wieder ausgehoben und gereinigt (es wurde stets dasselbe Beil benutzt, nicht, wie berichtet, jedes Mal ein anderes), die Lunte mit dem Blute bei Seite gelegt, die Leiche in einen hinter einer schwarzen Bekleidung stehenden Sarg gelegt und alle Spuren des Geschehenen vertilgt waren, kleidete sich der Nachrichter wieder an und erwartete die Vorführung des nächsten Delinquenten. — Nun bedenke: es handelt sich um einen Akt, der zwecks Durchführung „menschlicher Gerechtigkeit" für unumgänglich nothwendig gehalten wird und nicht um Vorgänge in einer Engros-Schlächterei! „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!" Grausamer Hohn!

Langer Schlaf. Großes Aufsehen rief vor etwa zwei Jahren in Deutschland die in einem Dentrichlal befindliche 13jährige Tochter des Bergmanns Krämer im nahegelegenen Hülsweiler bei Saarbrücken hervor. Mit dem eigenartigen Zustand dieses Mädchens, das auf nur zwei Monaten wieder erwacht ist, beschäftigten sich damals zahlreiche medizinische Autoritäten. Nachdem das Kind ein Jahr in diesem ununterbrochenen Schlafe im elterlichen Hause gelegen hatte, wurde es in die Irrenanstalt zu Merzig gebracht, wo es fernere sechs Monate schlafend verbrachte. Da der Mund der Krämer selbst unter Anwendung von Gewalt nicht zu öffnen war, mußte dem bedauernswerthen Geschöpf die Nahrung durch die Nase zugeführt werden. Vor ungefähr zwei Monaten ist die Krämer nun zum Bewußtsein gekommen, doch war ihr Gedächtniß geschwunden. Nachdem nach ferneren zwei Monaten nunmehr das Erinnerungsvermögen größtentheils wieder zurückgekehrt und der Krämer das während des Dauerschlafes über die Zähne gewachsene Zahnfleisch entfernt worden ist, konnte das Mädchen dieser Tage als geheilt entlassen werden.

Eine Weinkuriererei im Kälberstalle hat den Gutsbesitzer S. Riebuhr in Redderhude vor empfindlichem Schaden bewahrt. Und das ging so zu: Seine jungen Kälber erkrankten an jenen gefürchteten hochgradigen Verdauungsstörungen, wie sie leider häufig beim Zungvieh auftreten und selten gutartig verlaufen, so daß man diese Art Fälle allgemein mit dem Ausdruck „Kälberseuche" bezeichnet. Da kam dem Gutsbesitzer ein feiner Einfall. Von dem Gedanken ausgehend, daß bei gewissen Verdauungsstörungen in dem menschlichen Organismus ein paar Gläser guter Rothwein oft Wunder thun, ließ er eine Batterie Flaschen aus seinem wohlbestellten Keller holen und flößte man unter seinen Kälbern — sie mochten wollen oder nicht — eine Kneiperei an, daß es eine Art hatte. Jedes Kalb bekam reichlich eine halbe Flasche. Der Erfolg war zunächst ein ganz natürlicher insofern, als die Kälbchen von einer Munterkeit ergriffen wurden, die sehr erfreulich von ihrem vorherigen hinfälligen Zustande abstach, und wenn das Kalb erst vergnügt wird, dann hat es schon keine Noth mehr. In der That hob der in dem Rothwein enthaltene Gerbstoff die Verdauungsbeschwerden auf, die Kälbchen nahmen bald wieder regelrechte Nahrung und sind jetzt wieder ganz munter. So erzählt das „Hoyaer Wochenblatt".

Eine Amazone aus der Wikingerzeit. Bei Aasnes in Norwegen waren, wie man dem „Berl. Tagebl." aus Christiania schreibt, vor einiger Zeit beim Oeffnen eines uralten Grabes neben den Knochen eines Pferdes und verschiedenen Waffen, Pferdegeschirren und dergleichen die recht gut erhaltenen Knochenüberreste eines Menschen gefunden worden, welche man schon damals für das Gerippe einer Frau hielt. Diese Annahme hat sich bestätigt, indem Professor Dr. Guldberg, der Direktor des anatomischen Instituts in Christiania, nach genauen Untersuchungen den Fund unzweifelhaft als die Ueberreste einer schlank gewachsenen weiblichen Person im Alter zwischen zwanzig und dreißig Jahren festgestellt hat. Aus der Lage der einzelnen Fundstücke geht hervor, daß diese Amazone in voller Rüstung mit Waffen und Streitroß begraben worden ist, und es liegt deshalb die natürliche Vermuthung nahe, daß sie bei Lebzeiten Waffenübungen gepflegt, und daß man es also hier mit einer weiblichen Wikingerin zu thun hat. Nach den gefundenen Waffen zu schließen, ist das Grab etwa um die Mitte des zehnten Jahrhunderts, also gegen das Ende der heidnischen Zeit in Norwegen, errichtet worden.

Verhaftung eines Affen. Im „Figaro" liest man: Wenn es auch nicht sicher ist, daß der Mensch vom Affen abstammt, so kann man doch nicht bestreiten, daß zwischen ihnen sehr große Aehnlichkeiten bestehen. Montag erst konnten in einer der belebtesten Straßen von Paris die Passanten einem Schauspiel beiwohnen, das Darwin's Theorie zu bestätigen scheint. Ein stattlicher Affe, der aus irgend einer Jahrmarktsbude entwichen ist, promenirte friedlich umher und blieb, wie ein braver Bürgersmann, vor den Schaufenstern der Läden stehen. Es war ziemlich warm, und der Affe schien sehr glücklich zu sein. Seine Anwesenheit auf den Straßen verursachte aber merkwürdiger Weise einige Ueberraschung, und er sah sich bald von einer feinen Volksversammlung umgeben. Mehrere Spaziergänger wollten ihn sogar festhalten, aber er nahm einfach aus der Auslage eines Obsthändlers einige Früchte und warf sie den Leuten in's Gesicht. Man war also genöthigt, die Polizei zu holen. Aber jetzt änderte sich das Bild, denn der Affe wurde plötzlich ganz wild und leistete den Hütern des Gesetzes energischen Widerstand. Man hatte die größte Mühe, ihn zur nächsten Polizeiwache zu bringen. Er wehrte sich mit Händen und Füßen, knirschte entsetzlich mit den Zähnen und stieß heisere Töne aus, die offenbar schwere Beleidigungen gegen die Polizei sein sollten. Um ihn festzuhalten, mußten die Polizisten um Verstärkung bitten, und so wurde er denn von vier kräftigen Schutzleuten zum Kommissariat gebracht; die große Menschenmenge, die ihm folgte, war ganz glücklich, als sie sah, daß er sich gegen die Behörde empörte, denn sie glaubte, bei diesem Thiere ihre eigenen Instinkte und Gefühle wiederzufinden.

Unterirdische Seen in Australien. In dem großen Bezirk von Eulla, der den südlichen Theil der Kolonie West-Australien einnimmt, ist in letzter Zeit eine Entdeckung gemacht worden, die für die Entwickelung des betreffenden Gebietes von großer Bedeutung sein dürfte. Wie die „Scottish Geographical Magazine" berichtet, hat man dort das Vorhandensein zahlreicher unterirdischer Seen in einer Tiefe von 9 bis 10 Metern unter der Erdoberfläche festgestellt, die ein zu jeder Art des Gebrauchs hervorragend geeignetes Wasser enthalten. Bisher war das Eulla-Gebiet völlig unbenutzbar wegen des Mangels an Regen- und Trinkwasser. Jetzt können sich die Verhältnisse durch Ausnutzung der unterirdischen Seen bald verändern, da sich mit der Möglichkeit der Wasserversorgung günstige Aussichten für die Viehzucht und vielleicht sogar für den Ackerbau eröffnen. Auch für die Geographen hat die Entdeckung ein besonderes Interesse, da sie eine Aufklärung für eine bisher räthselhaft gebliebene Erscheinung giebt. Zahlreiche Flüsse des Landgebiets verlieren sich nämlich in den Boden, ohne daß man sich bisher von ihrem Verschwinden Rechenschaft geben konnte. Nun erscheint es als ziemlich gewiß, daß sich das Wasser dieser Flüsse eben in jenen unterirdischen Seen sammelt.

sammt ihrem Fahrzeug auf den Grund des Meeres geschleudert. Da erscheint stolz und ruhig die Wogen durchschneidend ein großes Schiff, sicher steuert es seine Bahn, wirft seine Rettungsleinen aus, um die mit den Wogen Kämpfenden aufzunehmen. Dieses Schiff ist die Sozialdemokratie. Noch sehen wir das Land noch nicht, unser Ideal, unsern Zukunftsstaat, aber wir wissen auf Grund der geschichtlichen und der wirthschaftlichen Forschung, wo wir es zu suchen haben. Und wir verfolgen muthig unser Ziel. Brausender Beifall folgte auf die begeisternden Ausführungen Bernsteins.

Nun sollte die Diskussion stattfinden. Der Vorsitzende, Genosse Bruhns, fragte die anwesenden Gegner, ob einer das Wort wünscht. Kirchenstille. Darauf vereinzelte Rufe: „Heilberg!" „Oehlke!" „Nitschke!" „Muth, Muth." Es meldete sich aber Niemand.

Nun nimmt Genosse Kaul das Wort, um an der Hand des Bibelverses „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!" die Thaten der freisinnigen Männer, die mit ihren Reden oft in klaffendem Widerspruch stehen, zu besprechen. Er theilt die Entlassungen des Vorsitzenden und des Kassirers vom Gemeindearbeiter-Verband mit und versichert, daß der alte Dr. Asch, der schon 1848 auf Seite der Sozialdemokratie stand, bei seinem Tode auch wieder unserer Partei näher stand als der freisinnigen. (Bravo!)

Nachdem noch Genosse Bruhns eine Reihe nützlicher Rathschläge für den Wahltag ertheilt und zu der Verkündung des Resultates am Donnerstag Abend im „Gewerkschaftshause" eingeladen hatte, schloß er die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

w. **Vom preußischen Gemeindewahl„recht".** Rechtsfragen von hervorragender Bedeutung für die Wähler der 3. Abtheilung kamen in einem Urtheil zur Entscheidung, das kürzlich das Ober-Verwaltungsgericht in Berlin gefällt hat.

Nach dem § 16 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 muß die Hälfte der von jeder Abtheilung zu wählenden Stadtverordneten aus „Hausbesitzern (Eigenthümern, Nießbrauchern und solchen, die ein erbliches Besitzrecht haben)" bestehen. In Rixdorf bei Berlin war nun bei einer Stadtverordneten-Ersatzwahl in einem Bezirk ein Hausbesitzer zu wählen. Die Sozialdemokraten stellten den Tischlermeister Schneider auf, und als sie von der Absicht, diesen nicht als Eigenthümer anzuerkennen, hörten, gaben sie von Mittags ab dem Kaufmann Kuchlmey ihre Stimme. Schneider erhielt 109, Kuchlmey 102 sozialdemokratische Stimmen, während der bürgerliche Kandidat Steinsetzmeister Wickel nur 6 Stimmen erhielt. Gleichwohl erklärte der Wahlvorstand Wickel für gewählt, indem er die 109 Stimmen Schneiders und die 102 Stimmen Kuchlmeys als ungiltig nicht mitzählte, weil diese Kandidaten nicht vollgiltige Hauseigenthümer bezw. Nießbraucher seien. — Der Parteigenosse Pohl focht die Wahl Wickels an und erzielte auch beim Bezirksausschuß die Ungiltigkeitserklärung derselben. Das Gericht ging gleich dem Kläger davon aus, daß der Wahlvorstand nicht befugt sei, aus dem erwähnten Grunde Stimmen für ungiltig zu erklären. Er hätte nur das Stimmenverhältniß feststellen dürfen und im vorliegenden Falle eine Stichwahl anberaumen müssen. Später hätte er es der Stadtverordneten-Versammlung überlassen müssen, über die Giltigkeit der Wahl selber zu entscheiden. Die Stadtverordneten-Versammlung hätte dann, wenn sie die Wahl für ungiltig hielt, eine Neuwahl anberaumen müssen.

Die Stadtverordneten-Versammlung legte Berufung ein beim Ober-Verwaltungsgericht, vor dem der Kläger Pohl durch den Rechtsanwalt Wolfgang Heine vertreten wurde.

Das Ober-Verwaltungsgericht hob die Vorentscheidung auf und erklärte die Wahl des Herrn Wickel für giltig.

Gründe: Der Wahlvorstand habe, weil ihm die Feststellung des Wahlergebnisses obliege, auch das Recht, die Wählbarkeit des Kandidaten nachzuprüfen und Stimmen für einen nicht wählbaren Kandidaten für ungiltig zu erklären. Folgte man der Auffassung des Klägers und des Bezirksausschusses, dann könnten ja giltige Wahlen von Hausbesitzern mit leichter Mühe verhindert werden. Das Gericht meine: Sei in einem Bezirk ein Stadtverordneter zu wählen und müsse dieser Hausbesitzer sein, wie im vorliegenden Falle, so habe der Wahlvorstand jede hier für einen Nichthausbesitzer abgegebene Stimme so zu behandeln, als wenn die betreffenden Wähler käme und erklärten: Ich wähle gar nicht; ihre Stimmen seien nicht mitzuzählen. Es müsse hier deshalb der Frage näher getreten werden, ob Schneider und Kuchlmey wirklich nicht Hausbesitzer bezw. Nießbraucher seien. Bei Schneider, der ein Nießbrauchrecht am Hause seiner Frau haben solle, müsse dies ohne Weiteres verneint werden, weil sein Nießbrauchrecht zur Zeit der Wahl nicht grundbuchlich eingetragen gewesen und somit nicht „dinglich" gewesen sei im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Anders lägen die Dinge bei Kuchlmey. Ihm gehörten 17 Achtzehntel eines Hauses, während das letzte Achtzehntel seiner Frau gehöre, und er solle an diesem einem Achtzehntel noch das Nießbrauchrecht haben. Nach Annahme des Gerichts sei er aber trotzdem kein vollgiltiger Hauseigenthümer im Sinne der Städteordnung. Das Gericht sei der Meinung, daß das Gesetz ein ausschließliches Alleinbesitzrecht am Hause verlange, ein Besitzrecht am Ganzen oder auch ein Nießbrauchrecht am Ganzen. Die 17 Achtzehntel Hausbesitz und das eine Achtzehntel Nießbrauch könnten auch nicht zusammengezählt werden, denn Nießbrauch und Eigenthumsrecht seien etwas Verschiedenes, das sich nicht addiren ließe. Die 109 Stimmen Schneiders und die 102 Stimmen Kuchlmeys seien deshalb mit Recht nicht gezählt worden und W. sei mit 6 von 9 giltigen Stimmen gewählt.

* **Lentenoth und Getreidepreise in Schlesien.** „Vereinzelt hat der Arbeitermangel bereits die geregelte Fortführung des Betriebes in Frage gestellt, fast allgemein aber seine Intensität empfindlich beeinflußt." So schildert die amtliche Begründung zum Zolltarif-Entwurfe eine der Hauptschwierigkeiten der Landwirthschaft, giebt damit einen der Hauptgründe, welche nach Ansicht der Regierung eine Aenderung der Zollpolitik erforderlich macht. Vor einiger Zeit schon hat Dr. Vosberg-Rekow in einer Kritik der Begründung darauf hingewiesen, daß in dieser allgemeinen Fassung die Behauptung eine starke Uebertreibung enthält. Es betrug die Kopfzahl der landwirthschaftlichen Bevölkerung im Durchschnitte des Reiches 1882: 58,69 und 1895: 54,79 für 100 Hektar landwirthschaftlicher Fläche, sie verringerte sich also in 13 Jahren um 3,9, d. h. nicht ganz um vier Menschen, wobei doch Frauen und Kinder mit eingerechnet sind. Demgegenüber fragt V. R. nicht mit Unrecht: „Sollte es nicht gelungen sein, durch technische Vervollkommnungen alle 3 Jahre durchschnittlich einen Menschen zu ersparen? Sollte es auch nicht möglich sein, durch Erziehung im Laufe der Jahre eine weit höhere Leistung des einzelnen Arbeiters herauszubekommen? Diese Stelle der Begründung scheint eine der schwächsten zu sein."

Zu den Bezirken, welche von der Abnahme der landwirthschaftlichen Bevölkerung am stärksten betroffen sind, gehört die Provinz Schlesien. Hier sank die landwirthschaftliche Bevölkerung 1882 bis 1895 von 1,970,134 auf 1,628,105 d. h. um 9,1 Prozent, die Kopfzahl auf 100 Hektar von 68,30 auf 60,61, also um 7,7, das Doppelte des Reichsdurchschnittes. Sie betrug im

	1895	1882	also Abnahme
Reg. Liegnitz	53,35	60,09	6,74
„ Oppeln	73,48	81,14	7,66
„ Breslau	55,39	63,84	8,45

Eine Arbeit von Brößling in den „Mittheilungen der landwirthschaftlichen Institute der Universität Breslau" berechnet für das Jahr 1899, daß in der Provinz Schlesien die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte noch mehr als 1/6 der gesammten ländlichen Arbeiterschaft und fast 1/4 der ständigen ländlichen Arbeiter ausmacht, und daß trotz des 8—10 monatlichen Aufenthaltes dieser Ausländer nur etwa 3/4 der erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Eine Leutenoth ist also als die Hauptschwierigkeit der schlesischen Landwirthschaft unbedingt anzuerkennen; fraglich ist nur, ob die Schlußfolgerung der amtlichen Begründung richtig ist, daß diesem Mangel durch Schutzzölle, also durch eine Steigerung der Getreidepreise abgeholfen werden kann. Die theoretische Erwägung führt nicht zu diesem Ergebnisse, denn der größte Theil der landwirthschaftlichen Arbeiter wird in seinen Existenzbedingungen verschlechtert durch die Vertheuerung der Lebenshaltung und die Arbeitslöhne werden gewiß nicht mehr steigen, als sie es in Folge des Leutemangels jetzt schon müssen. Außerdem wird durch die Getreidezölle der Großgrundbesitz zweifellos mehr gefördert als der Kleinbetrieb, also diesem gegenüber gestärkt, und es ist eine allbekannte Thatsache, daß mit dem Zunehmen des Großgrundbesitzes die landwirthschaftliche Bevölkerung stets abnimmt. Aber auch eine geschichtliche Betrachtung zeigt, daß die Hoffnung auf eine Besserung der Arbeiterverhältnisse durch Zölle trügerisch ist: Gerade die Zeit der höchsten Getreidepreise, von Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre, hat in Schlesien einen starken Rückgang der landwirthschaftlichen Bevölkerung gebracht, wie der Reichstagsabgeordnete Gothein in seinem Buche über den deutschen Außenhandel ausführlich nachgewiesen hat.

Während von 1867—75 sich die Bevölkerung des Gebietes des späteren Deutschen Reiches um 6,53 Proz., die Preußens sogar um 7,31 Proz. vermehrte, zeigte die große Mehrzahl der landwirthschaftlichen Kreise einen Bevölkerungsrückgang. So verminderte sich in dem genannten Zeitraume die Bevölkerung der ländlichen Bezirke nachstehender Kreise der Provinz Schlesien:

Namslau	um 0,14	Proz.	Lüben	um 3,0	Proz.
Wartenberg	„ 1,4	„	Bunzlau	„ 4,9	„
Trebnitz	„ 4,5	„	Goldberg-Haynau	„ 4,1	„
Militsch	„ 1,9	„	Jauer	„ 4,1	„
Guhrau	„ **7,4**	„	Schönau	„ **6,3**	„
Steinau	„ 1,8	„	Bolkenhain	„ 2,1	„
Wohlau	„ **6,1**	„	Löwenberg	„ **7,2**	„
Neumarkt	„ 1,6	„	Lauban	„ 1,5	„
Ohlau (v. 1871—75)	„ 0,3	„	Rothenburg a/O.	„ 0,5	„
Münsterberg	„ 2,5	„	Hoyerswerda	„ 0,7	„
Frankenstein	„ 0,6	„	Rosenberg	„ 1,8	„
Grünberg	„ 1,5	„	Groß-Strehlitz	„ 2,5	„
Freistadt	„ 5,1	„	Lublinitz	„ 2,5	„
Sprottau	„ 2,8	„	Falkenberg	„ 5,0	„
Glogau	„ 4,5	„	Grottkau	„ 2,6	„

Wir sehen also: Die günstige Lage der größeren Grundbesitzer führte auch nicht einmal eine Vermehrung der Bevölkerungszahl in den eigentlichen Landstädten herbei, im Gegentheile, selbst die letzteren zeigen in jener Zeit einen Bevölkerungs-Rückgang, soweit nicht eine im Aufschwunge begriffene Industrie zu einer Steigerung der Einwohnerzahl führte. Selbst in dieser Zeit günstigster Getreidepreise ist im Wesentlichen nur die Industrie im Stande gewesen, den Bevölkerungsüberschuß in Schlesien aufzunehmen, und was noch wichtiger ist, die hohen Preise des Getreides haben das Gegentheil von dem bewirkt, was man jetzt davon erhofft, eine Abnahme statt einer Zunahme der landwirthschaftlichen Bevölkerung.

* **Breslauer Handwerkskammer.** Im Landes-Versicherungs-Gebäude tagte am 18. d. Mts. die vierte Vollversammlung der Breslauer Handwerkskammer. Geleitet wurde dieselbe von dem Kammervorsitzenden Herrn Schieferdecker-Obermeister Hähndel. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Syndikus, Herr Dr. Paerschke, einen Thätigkeitsbericht des Vorstandes.

Der Vorstand hat an den Berathungen des Zentralausschusses der deutschen Baugewerksmeister betreffend den Gesetzentwurf zur Sicherung der Bauforderungen Theil genommen. Die Materie sei zwar durchberathen, aber eine Beschlußfassung für unnöthig erachtet worden, weil allgemein die Meinung vorgeherrscht habe, daß der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt von der Regierung zurückgezogen werden wird. Sollte er aber doch aufrecht gehalten werden, dann werden jedenfalls die Berathungen weiteren Fortgang nehmen. Der Breslauer Kammer sei Seitens der Gewerbe- und Handwerkskammern der Auftrag geworden, der Regierung Vorschläge zur Erweiterung der Invaliditäts- und Altersversicherung für selbstständige Handwerker zu machen. Dieser Arbeit habe sich der Vorstand bereitwilligst unterzogen und er wird auch in absehbarer Zeit der Regierung geeignete Vorschläge unterbreiten. Die selbstständigen Handwerker sollen auch der Wohlthaten der sozialen Einrichtungen theilhaftig werden. Ferner hat der Vorstand auch einer Berathung von Gewerbetreibenden beigewohnt, welche auf Grund einer Ministerialverordnung, betreffend das Auktionswesen, vom Breslauer Regierungs-Präsidenten veranlaßt worden ist. Es haben sich im Auktionswesen verschiedene Uebelstände zum Nachtheil von Gewerbetreibenden herausgestellt; einige Berufe, besonders Goldarbeiter, Uhrmacher, Schuhmacher, haben darüber Klage geführt. Es stehe zu erwarten, daß gesetzgeberische Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände Platz greifen werden. Auch mit dem Zolltarif hat die Kammer sich beschäftigt, es sind einige Wünsche bezüglich des Tarifs laut geworden, zu demselben wie überhaupt zur Zollfrage werde die Kammer erst Stellung nehmen, wenn die Verhandlungen im Reichstage so weit gediehen sein werden, „daß es zum Abschluß von Handelsverträgen kommt". Im Weiteren sei man den Wünschen der Gewerbetreibenden auf Verlängerung der Verkaufszeit entgegengekommen, der Vorstand hat sich dieserhalb mit der Handelskammer in Verbindung gesetzt, und gemeinsam sei eine Eingabe an das Polizei-Präsidium zu diesem Zwecke gerichtet worden, welche voraussichtlich Erfolg haben werde. Die Regelung des Lehrlingswesens wie der Normallehrvertrag, wie sie von der Breslauer Kammer aufgestellt, sei vom Minister genehmigt worden. Die Kammer habe es abgelehnt, sich dem Zentralverbande gewerblicher Genossenschaften anzuschließen. Eine Debatte über den Bericht fand nicht statt. Der nächste Gegenstand betraf: „Instruktion für die Beauftragten für das Lehrlingswesen." In der 3. Vollversammlung ist nämlich beschlossen worden, dem Vorstand und dem Ausschuß für das Lehrlingswesen die Wahl von Beauftragten zu übertragen, die Beauftragten sollten mit einer Instruktion, sowie einer Legitimation zur Ausübung der Kontrolle versehen werden. Bei der Ausführung dieses Beschlusses sind dem Vorstande jedoch Bedenken aufgestoßen, so daß die Angelegenheit noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt werden mußte. Wir führen aus der Dienstanweisung für die Beauftragten das Wesentlichste an: Die Beauftragten haben in den von der Kammer bezeichneten Betrieben, die ihnen durch die Gewerbeordnung und die das Gesetz ergänzenden statutarischen Vorschriften des Bundesraths und der Landeszentralbehörde, der Kammer und der Innungen zugewiesenen Rechte und Pflichten wahrzunehmen und dazu, wenn möglich, jeden Betrieb innerhalb eines Jahres einmal zu besuchen. Die Beauftragten haben ihre Thätigkeit nicht als eine polizeiliche, sondern als eine mit dem Recht kollegialer Rücksichtnahme, Berathung und Belehrung verbundener Aufsicht zu erfassen. Die Ueberwachung hat sich auf die Befolgung der für die Beschäftigung der Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter, für den Besuch der Fortbildungs- oder Fachschulen und für die Regelung des Lehrlingswesens erlassenen oder der sonstigen gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen in den Handwerksbetrieben zu erstrecken. Die Beauftragten haben sich insbesondere von der Beschaffenheit der Logir- und Kosthäuser Kenntniß zu verschaffen. Die Besichtigung hat sich auch auf die Unterkunftsräume der Gesellen und Arbeiter zu erstrecken, wenn der Betrieb das Wohnen beim Arbeitgeber mit sich bringt. Die Beauftragten haben sich auch von der Ausbildung der Lehrlinge zu überzeugen und sich über die regelrechte Ueberweisung durch den Lehrherrn oder seinen Vertreter Gewißheit zu verschaffen. Diese Dienstanweisung, welche davon Zeugniß abgelegt hätte, daß die Innungen wirklich praktische Arbeit zum Wohle ihrer selbst und ihrer Arbeiter leisten wollen, ist jedoch abgelehnt bezw. zurückgestellt worden. Herr Bäcker-Obermeister Prussog erklärte, daß die Durchführung dieser Vorschriften den Beauftragten zu viel Unannehmlichkeiten und Nachtheile verursachen würde und daß es daher besser sei, sie vorläufig bei Seite zu lassen. Derselben Meinung waren auch noch andere Redner, und so wurde die Vorlage abgelehnt. Es folgte darauf die Festsetzung des Haushalts-Etats für 1902. Die Einnahmen und Ausgaben balanziren in einer Höhe von 37,500 Mk. Im Jahre 1901 betrugen sie 27,500 Mk. Zur Förderung des Handwerks sind 9000 Mk. ausgeworfen. Die Versammlung beschloß alsdann die Schaffung eines eigenen amtlichen Organs mit einer Inseraten-Beilage. Die Prüfungsgebühren für Fabriklehrlinge, die sich der Gesellenprüfung unterziehen wollen, wurden auf 15 Mk. festgesetzt. Der Vorstand empfahl die Zuwahl des um das Handwerk verdienten Direktors der städtischen gewerblichen Fortbildungsschulen, Herrn Heyer. Dieselbe wurde von der Versammlung genehmigt. Ferner empfahl der Vorstand, sich der Petition betreffend die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Schlesien anzuschließen. Dem Antrage wurde entsprochen. Die Gesellen-Ausschüsse wählten Töpfer Aust einstimmig an Stelle des ausgeschiedenen Tischlers Kitzler. Es wurden alsdann noch mehrere geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

* **Was in Oberschlesien passirt.** Furchtbare Folgen hat ein Versehen einer oberschlesischen Gefängnißverwaltung gehabt, die einen Strafgefangenen irrthümlich zwei Monate zu früh entließ. Der Strafgefangene, ein Bergarbeiter Blasczek von Scharley begab sich nach seiner Freilassung in sein Heimathsdorf und arbeitete mehrere Monate als friedlicher Bergmann. Plötzlich, eines Sonntags, als er mit seinen Kameraden in der Kneipe sitzt, wird er von einem Gendarmen verhaftet. Die Verhaftung ging natürlich, da sie völlig unbegründet erschien, nicht friedlich ab, es kam zu Streitigkeiten mit dem Gendarm, zu „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und zu einem Strafverfahren gegen Blasczek und seine Kollegen, das ihm 1½ Jahre, einem Kollegen 4 Jahre und Anderen ähnliche Strafen brachte.

Wer in aller Welt mag die Verhaftung, noch dazu an einem Sonntag Abend in einem Gasthause, angeordnet haben? Blasczek's Verhalten nach seiner vorzeitigen Entlassung aus dem Gefängniß hatte keinerlei Veranlassung gegeben, ihn für fluchtverdächtig zu halten, er wohnte mit seiner Familie an seinem Wohnorte als arbeitsamer Mann. Jetzt sitzt er wieder im Gefängniß.

* **Beschäftigung der Angestellten im Gast- und Schankwirthgewerbe.** Das königliche Polizeipräsidium macht bekannt, daß die neuen Bestimmungen betreffend die Beschäftigung der Gehilfen und Lehrlinge in Schankwirthschaften, welche bereits vor mehreren Wochen im Wortlaut von uns mitgetheilt worden sind, mit dem 1. April d. J. in Kraft treten. Darnach ist jedem Gehilfen und Lehrling über sechszehn Jahre für die Woche sieben Mal eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens acht Stunden zu gewähren. Für Gehilfen und Lehrlinge unter sechszehn Jahren muß die Ruhezeit mindestens neun Stunden betragen. Gehilfen und Lehrlinge unter sechszehn Jahren dürfen in der Zeit von zehn Uhr Abends bis sechs Uhr Morgens nicht beschäftigt werden. Außerdem dürfen Gehilfen und Lehrlinge weiblichen Geschlechts zwischen sechszehn und achtzehn Jahren, welche nicht zur Familie des Arbeitgebers gehören, während dieser Zeit nicht zur Bedienung der Gäste verwendet werden. Als Gehilfen und Lehrlinge im Sinne dieser Bestimmungen gelten solche Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, welche im Betriebe der Gast- und Schankwirthschaften als Oberkellner, Kellner oder Kellnerlehrlinge, als Köche oder Kochlehrlinge, am Buffet oder mit dem Fertigmachen kalter Speisen beschäftigt werden.

* **Dreißig Mark Belohnung!** In der letzten Zeit sind des Nachts an verschiedenen Stellen der städtischen Promenaden, so am Museum, an der Lutherkirche, am Ohlaufer in der Nähe der Turnhalle Diebstähle vorgekommen. Insbesondere wurden durch Abschneiden der Triebe Nadelbäume beschädigt und verstümmelt. Der Magistrat richtet daher an Jedermann die Bitte, die städtischen öffentlichen Anlagen nach Möglichkeit unter Schutz zu nehmen, und sichert Demjenigen, der die Festnahme einer Person wegen gewaltsamer, zur Nachtzeit verübter Beschädigung von Anlagen veranlaßt oder solche zur Anzeige bringt, sodaß ihre Verurtheilung erfolgt, eine Belohnung von 30 Mark zu.

* **Erst verurtheilt, dann freigesprochen.** Vom Schöffengericht zu Striegau wurde s. Z. der Steinarbeiter Ernst Mai aus Gräben wegen Beleidigung zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt, doch legte er gegen dieses Erkenntniß Berufung ein. Während des Steinarbeiterstreikes im Juli v. J. bekam der Steinbruchbesitzer Sebastian einen Brief, dessen Inhalt von Beleidigungen strotzte. Der Angeklagte kam in den Verdacht, das mit verstellter Handschrift angefertigte Schreiben verfaßt zu haben und wurde er auf Grund des Vergleichs mit anderen von ihm ausgestellten Schriftstücken auch für schuldig befunden und auf oben genannte Strafe erkannt. In der Verhandlung vor dem Landgericht Schweidnitz stellt er die Strafthat auf das Entschiedenste in Abrede. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung, da auf Grund der erneuten Beweisaufnahme nicht der mindeste Verdacht auf den Angeklagten falle. Der Gerichtshof erkannte diesem Antrage gemäß.

* **Verbrüht.** Am 16. d. M. hatte die Frau eines Alsenstraße wohnenden Schneidermeisters einen Topf heißen Wassers mit Soda in der Küche auf den Fußboden gestellt. Ihr 2½ Jahre alter Sohn kam dem Topf zu nahe und stürzte rücklings hinein. Die Mutter sprang zwar schnell herbei und zog das Kind heraus, es hatte aber bereits so schwere Verletzungen erlitten, daß es in das Allerheiligen-hospital gebracht werden mußte, wo es inzwischen in Folge der Verbrühungen gestorben ist.

* **Selbstmord.** In Posen hat sich am 16. d. M. in einem Nebenraum des Apollotheaters ein Mann erschossen. In dem Entseelten ist ein Metalldreher aus Breslau erkannt worden.

* **Aus dem Armenhause entlaufen.** Am 18. d. Mts. Nachts wurde in einem Hause auf der Neudorfstraße ein acht Jahre alter Schulknabe schlafend angetroffen. Der Knabe war am Tage zuvor aus dem Armenhause entlaufen und wurde dorthin zurückgeführt.

* **Aufgefundenes Mädchen.** Am 18. d. Mts. wurde auf der Salzstraße ein vier Jahre altes Mädchen ohne Aufsicht angetroffen und in vorläufige Verpflegung gegeben. Als Mutter des Kindes wurde die Frau eines Knechtes vom Dominium Jschkowitz, Kreis Breslau, ermittelt. Dieselbe lebt mit ihren zwei Kindern seit fünf Wochen von ihrem Manne getrennt und nächtigt hier in einem Asyl.

* **Vermißt** wird der 36 Jahre alte Kaufmann Richard Mießler, Ohlauerstraße 38, seit dem 1. d. Mts. Er ist mit schwarzem weichen Hut, dunklem Jaquetanzug, schwarzem Sommerüberzieher und Gamaschen bekleidet. — Seit dem 16. d. Mts. ist der 13 Jahre alte Knabe Fritz Jaeschke, Kaiserstraße 70, 1 Treppe, vermißt. Der Vermißte ist mittelgroß, trug einen dunkelgrauen Anzug und hat blonde Haare.

straße 62 wohnen, vermißt. Er trägt schwarze Hose, graue Joppe und schwarzen weichen Hut. — Seit demselben Tage wird das 19 Jahre alte Stubenmädchen Marie Regent, welches bei einer Familie Gartenstraße 34 in Stellung war, vermißt.

* **Alarmirung der Feuerwehr.** Am 19. d. Mts., Morgens fuhr die Feuerwehr nach Schuhbrücke 48. Eine Brandgefahr lag aber nicht vor. Die Alarmirung war anscheinend durch selbstthätiges Ablaufen eines Feuermelders im städtischen Baubureau daselbst erfolgt.

* **Gestohlen** wurden einem Kaufmann aus einem Hause auf der Herrenstraße ein Fahrrad, Marke „Presto", Nr. 8104, aus der Wohnung einer Nähterin am Mauritiusplatz eine Bettzüche, zwei Kopfkissenbezüge, eine Uhrkette, gez. P. R., zwei Pfandscheine und ein Sparkassenbuch über 1 Mark, und einem Schmied in der Nacht zum 17. d. Mts. auf der Heinrichstraße eine silberne Remontoiruhr, Nr. 1574 49, gez. Adolf Bergel.

* **Festgenommen** wurde ein Maurer, der am 18. d. Mts. in einer Gastwirthschaft auf der Tannengasse einen Handelsmann bedroht und mit einem Messer hatte erstechen wollen.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängniß wurden am 18. d. Mts. 41 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Zehnmarkstück, eine goldene Uhr, ein Spazierstock mit silbernem Griff, ein Muff und eine Quittungskarte. — Abhanden kamen: ein schwarzseidener Damenschirm, ein goldener Trauring mit Gravirung, ein Verlobungsring mit hellblauem Stein, eine Straßenbahn-Abonnementskarte auf den Namen Schroetzer, eine silberne Damenuhr mit goldener Kette, eine Rolle Skizzen, ein Fünfmarkstück, ein Hundertmarkschein und 6 Portemonnaies mit 4.50 Mk., 7 Mk., 12—13 Mk., 15—18 Mk., 53 Mk. und 470 Mk.

S **Striegau,** 12. März. Steinarbeiter-Versammlung. Am Sonntag, den 9. d. Mts., tagte in der Bierquelle eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung, welche sich zunächst mit der Wahl der Delegirten zum elften Steinarbeiter-Kongreß zu beschäftigen hatte. Gewählt wurden hierzu P. Langer und G. Müller. Die Konferenz der Steinarbeiter Schlesiens, die zu Ostern in Breslau stattfinden soll, wird außer dem Obmann der Agitationskommission, P. Langer, mit zwei Delegirten beschickt. Eine längere Debatte entspann sich bei dem Punkt: Umänderung unserer jetzigen losen Organisation. Die gewählten Delegirten sprachen sich Beide für die Verbandsform aus, aber mit der Bedingung, daß die Unterstützungseinrichtungen, wie sie in dem Antrage Firna und der Zentralleitung enthalten sind, von der Tagesordnung verschwinden. Hierauf kam eine Beschwerde des Kollegen Hübner, wegen Nichtauszahlens von Krankengeld für den Sonntag, an dem er sich krank gemeldet hatte, zur Sprache. Hübner wurde mit seiner Forderung einstimmig abgewiesen.

Zu bemerken sei hierzu, daß seit Bestehen der Kranken-Unterstützungs-Einrichtung über 2000 Mk. Krankengeld ausgezahlt worden sind, daß es aber bis jetzt noch keinem eingefallen ist, für den Sonntag, an dem er sich krank meldet, Krankengeld zu verlangen, wenn er, wie Hübner, Sonnabends noch bis Abends gearbeitet hat. Auch ein weiterer Versuch von Seiten Hübners, dem Vertrauensmann eins auszuwischen, indem er anführte, es würde mit dem Gelde nicht richtig gewirthschaftet, mißlang, indem eine Resolution, die die gegen den Vertrauensmann erhobenen Angriffe zurückwirft, einstimmig angenommen wurde. Hierauf wurden dem kranken Kollegen Lorenz 30 Mk. Unterstützung bewilligt, welche durch Listen wieder aufgebracht werden sollen. Auch die Wittwe Speer soll 10 Mk. erhalten. Dem Kollegen E. Mai wird in seinem Prozeß wegen des anonymen Briefes Rechtsschutz gewährt. Hierauf gelangten die Antwortschreiben der Herren Sebastian und Direktor Wandrey, betreffend Tarif, zur Verlesung. Der Vertrauensmann wird beauftragt, sich weiter mit Herrn Direktor Wandrey in Verbindung zu setzen.

Striegau, 19. März. Selbstmord. Am Sonntag Vormittag wurde auf Haidauer Feldmark der Amtsdiener und Nachtwächter Franz aus Stannowitz entseelt aufgefunden; neben ihm lag ein Terzerol, mit dem sich F., wie festgestellt wurde, die tödtliche Wunde am Kopfe beigebracht hat. Franz war seit der Steuereinziehung am 10. d. Mts. unter Mitnahme von 150 Mark der eingezogenen Gelder verschwunden. Bei der Leiche wurden noch 120 Mk. vorgefunden. F. hinterläßt Frau und fünf Kinder, von denen das jüngste am Sonntag erst getauft wurde.

Hirschberg, 18. März. Tödtlicher Unglücksfall. Auf schreckliche Weise kam der Arbeiter Noak von hier ums Leben. Er war in der Porzellanfabrik beschäftigt und kam am Sonnabend Mittag in die sogenannte Mahormmühle. Er wurde von der Transmission erfaßt und in einen Winkel der Maschine geschleudert. Letztere mußte jedoch erst auseinander genommen werden, um den Schwerverletzten aus seiner entsetzlichen Lage zu befreien, was erst nach anderthalb Stunden gelang. Dann brachte man den Unglücklichen, dem die Wirbelsäule gebrochen, der Brustkorb eingedrückt und die Finger der linken Hand abgequetscht waren, in das städtische Krankenhaus. Hier erlöste Sonntag Morgen der Tod den Unglücklichen von seinen entsetzlichen Leiden. Noak war erst 25 Jahre alt, verheirathet und Vater eines Kindes.

S. **Reichenbach,** 18. März. Ein alter Kämpfer. Letzten Sonntag starb unser alter Parteigenosse W. Walter im 83. Lebensjahre. W. hat sich besonders in der Arbeiterbewegung thätig gezeigt, als die Genossen Kapell, Reinisch u. A. als Parteiführer den Kreis zu bearbeiten hatten, wo er manchen heißen Kampf mit durchgefochten hat. W. war früher Hausweber (Barchentweber) und besaß ein kleines Besitzthum. Unglücksfälle haben ihn erst die letzten Tage ins Armenhaus, von da ins Krankenhaus gebracht. Durch Schlaganfall gelähmt, ging er schon Jahre lang in Krücken. Wir rufen dem wackeren Kämpfer noch zu: Leicht sei Dir die Erde!

Gorresberg, 19. März. Durch Erhängen in der Wohnung machte der 38 Jahre alte Bergarbeiter Schreiber seinem Leben ein Ende. Nahrungssorgen dürften das Motiv des Selbstmordes sein.

Goldberg, 19. März. Durch Rath in den Tod. Als die Hausbewohnerfrau Werner in Ober-Lobendau von der Arbeit nach Hause kam, war die Stubenthür von innen verschlossen. Nachdem der Schmied die Thür geöffnet hatte, fand man den Mann erhängt in der Stube. Auf dem Tisch stand mit Kreide geschrieben: „Verzeihe, liebes Weib!" — Arbeitslosigkeit hat den Mann zu dieser That getrieben.

* **Bunzlau,** 18. März. Der Volksverein beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung zunächst mit dem Gedächtniß an die 1848er Märztage und die für die Freiheit Gefallenen im Friedrichshain. Genosse Heider hielt an Stelle des erkrankten Vorsitzenden eine dementsprechende Ansprache, die sich an die Vorlesung eines Aufsatzes aus der „Neuen Zeit" über den Absolutismus schloß. Eine rege Diskussion folgte, in der auch betont wurde, daß das Lassalle'sche Wort von der einzigen reaktionären Masse, die dem freiheitskämpfenden Proletariat gegenüberstehe, noch immer seine Berechtigung habe. Freilich wünschen wir nicht die kommende Revolution mit dem Schwerte in der Hand zu schlagen, sondern mit den Waffen des Geistes. Daß 1848 das Bürgerthum viel, unendlich viel versäumt hat, liegt auf der Hand, aber daß es aus blasser Furcht vor der anschwellenden Macht der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie auch noch die letzten freiheitlichen Reste an die andrängende Reaktion ausliefern bereit ist, zeigt uns auf Schritt und Tritt das praktische politische Leben. Der zweite Punkt der Tagesordnung: Verlesung des Artikels über „Die Wohnungsnoth" in der „Volkswacht" und ihre Nutanwendung auf hiesige Verhältnisse, wurde für die nächste Sitzung zurückgestellt und dafür der Meineidsprozeß in Güstrow, in dem bekanntlich ein Arbeiter wegen einer Bagatelle zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt wurde, behandelt. Ganz abgesehen von der für jeden Laien unverständlichen und unfaßbar scheinenden juristischen Haarspalterei, die zu dem schweren Urtheil führen konnte, habe auch der Prozeß dadurch einen politischen Beigeschmack bekommen, daß sich der Amtshauptmann v. Blücher äußern konnte, das Dorf Kamin sei als Schlupfwinkel der Sozialdemokratie bekannt und habe man sich von seinen Einwohnern nichts Gutes zu versehen. Damit sei gesagt, man müsse den Sozialdemokraten alles Schlechte zutrauen und erkläre sie moralisch für vogelfrei. Es wäre sehr zu wünschen, wenn dies Urtheil von unserer Fraktion zum Gegenstande einer scharfen Interpellation gemacht würde. Wir wollen hierbei noch bemerken, daß unsere gesammte Lokalpresse nicht mit einem Wörtchen den Prozeß erwähnt hat, während man immer dann, wenn irgend einem Bürgersmann ein Leid geschieht, spaltenlange Entrüstungsartikel findet. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Presse gegen alle Abnormitäten auf gesellschaftlichem und staatlichem Gebiete Front machen soll; doch sei man konsequent und beschränke die Kritik nicht nur darauf, sich gegen Vorkommnisse zu wenden, durch die ein Angehöriger der eigenen Klasse Schaden leidet. Aber das thut unsere Lokalpresse eben nicht, trotzdem sie vielfach oft Raum genug dafür hätte.

Silberberg, 18. März. Ein schwerer Unfall ist, wie schon kurz gemeldet, bei dem Bahnbau in der Nähe der tiefen ausgesprengten Schlucht bei Ober Schönwalde vorgekommen. Da der Sprengstoff gefroren war, sollte er in einer Bude, in der auch gekocht wird, durch warmes Wasser aufgethaut werden. Durch irgend eine Unvorsichtigkeit, die wohl nie wird aufgeklärt werden, erfolgte der „Reisser Ztg." zufolge eine Explosion, die sowohl die leicht gebaute Bude hinwegfegte, als auch die zwei zunächst beschäftigten Arbeiter, einen Ostpreußen und einen Kroaten in Stücke riß. Die zerstreuten Körpertheile konnten nur zum Theil aufgefunden werden. Schwer verletzt wurde außerdem ein anderer Arbeiter, ebenfalls ein Kroate, dem der Unterkiefer fast weggerissen worden ist.

A. **Brieg,** 16. März. Verschiedenes. Heute wurde der Werkmeister Bruno Hausmann, der im rüstigen Alter von 42 Jahren einer Lungenentzündung erlag, zur letzten Ruhe bestattet. Der Verstorbene war seit mehreren Jahren Mitglied des Vorstandes der hiesigen Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter und hat im Dienste der Kasse und deren Mitglieder stets voll und ganz seine Pflicht gethan. Durch den Todesfall erwächst der nächsten Monat stattfindenden Generalversammlung der genannten Kasse die Aufgabe, ein neues Vorstandsmitglied für die Dauer der Wahlperiode zu wählen. Da außerdem auf der Tagesordnung dieser Generalversammlung auch die Abnahme der Jahresrechnung steht, so darf wohl erwartet werden, daß die Vertreter vollzählig erscheinen. Wegen Thierquälerei hatte sich am 13. März vor dem hiesigen Schöffengericht ein Handelsmann aus Steindorf zu verantworten. Derselbe hat, wie durch Zeugen erwiesen wurde, wiederholt sein Pferd schwer mißhandelt, indem er es mit den Stiefeln in die Weichtheile stieß. Einmal hat er das arme Thier stundenlang bei starker Kälte vor einem Gasthaus stehen lassen, und zwar ohne dem geplagten Pferde eine Decke überzuwerfen. Das Gericht verurtheilte den Angeklagten zu 10 Tagen Haft. — Nach dem Bericht über die Verwaltung und den Stand der Kreis-Kommunal Angelegenheiten des Kreises Brieg pro 1901/02 hat der Kreis Brieg nach der am 1. Dezember 1900 vorgenommenen Volkszählung 63,077 Einwohner, d. i. gegen 1895 1126 mehr. Hiervon entfallen auf die Stadt Brieg 24,090, auf die Stadt Löwen 3245, auf die Land-Gemeinden 32,974 und auf die Gutsbezirke 2768 Einwohner. Die Einwohnerzahl in den Städten ist seit 1895 um 3550 gestiegen, auf dem Lande dagegen um 2424 zurückgegangen. Der Kreis Brieg enthält 2 Städte, 62 Landgemeinden, 30 selbstständige Gutsbezirke, 19 ländliche und 2 städtische Standesamtsbezirke und 20 Amtsbezirke.

Löwenberg, 19. März. Verunglückt. Beim Rangiren von Eisenbahnwagen auf dem zur W. Hanke'schen Fabrik gehörigen Schienengeleise, gerieth gestern der Arbeiter Langbein auf unerklärliche Weise zwischen zwei Puffer, wodurch der bedauernswerthe Mann erdrückt wurde. Der Unglückliche hinterläßt eine Frau und 3 kleine Kinder im Alter von 2—5 Jahren.

Gleiwitz, 19. März. Unfälle. Der Ulan Karl Robielek von der 1. Eskadron des Ulanen-Regiments von Katzler wurde in vorletzter Nacht während der Stallwache von einem Pferde gegen den Unterleib geschlagen. Er wurde Morgens schwer verletzt aufgefunden und in das Lazareth gebracht, wo er Nachmittags starb. — Gestern wurde bei Schachtarbeiten am Rangirbahnhofe der Arbeiter Mikolasch verschüttet und erlag nach seiner Ueberführung ins Krankenhaus den Verletzungen.

Neueste Nachrichten.

Schon wieder ein Bubenstück!

Auf einen Personenzug der Strecke Neuß—Düsseldorf sind, der „Vossischen Zeitung" zufolge, am 18. d. Mts. bei der Station Bilk wiederum Schüsse abgefeuert worden, durch welche ein Geistlicher und ein anderer Reisender schwer verletzt wurden.

Standesamtliche Nachrichten.

Heiraths-Ankündigungen. II. Malergehilfe Oskar Hahn, kath., Lützowstraße 15, und Ernestine Stelzer, kath., Gartenstraße 36. — Maschinist Max Geppert, kath., Klosterstraße 136, und Wanda Herrmann, ev., hier. — Schneider Robert Koblitz, evang., Feldstraße 11f, und Dieta Kiesel, evang., Ohlauufer 10. — Arbeiter Wilhelm Pohl, ev., Bohrauerstraße 65, und Anna Seelig, geborene Frömer, kath., hier. — IV. Maler Adolf Hummel, ev., Zietenstraße Nr. 24 und Anna Hoffmann, evang., Augustastraße 86. — Schuhmacher Gottlieb Richter, evang., Grünstraße 16, und Margarethe Müller, evang., Sadowastraße 67. — Schlosser Wilhelm Brachmann, ev., Ziethenstraße 23, und Martha Wünsch, evang., Brüderstraße 10a.

Geburten. I. Schlosser Karl Spiller, evang., S. — Arbeiter Wilhelm Melzdorf, ev., T. — Arbeiter Max Vogt, ev., T. — Kutscher Karl Neroch, kath., T. — Kutscher Max Kammer, kath., S. — Schuhmacher Karl Beier, ev., T. — Kernmacher Karl Hanke, ev., S. — Maurer Josef Schmidt, kath., S. — Kutscher Wilhelm Kliesch, ev., T. — Schneider Alfred Dumsch, ev., S. — Schneidermeister Aloys Hluschni, kath., T. — Tischler Hermann Stehr, kath., T. — Former Hermann Bedürftig, ev., S. — Tischler Max Wolf, kath., S. — Arbeiter Josef Olesch, kath., T. — Arbeiter Paul Walter, ev., S. — Haushälter Karl Trettau, ev., T. — III. Schuhmachermeister Bernhard Winter, kath., T. — Arbeiter Robert Haupt, ev., T. — Marstallkürsner Wilhelm Schilling, ev., S. — Maurer Heinrich Friebe, ev., S. — Maurer Hermann Fritsch, kath., T. — Kutscher Adolf Franke, kath., Sohn. — Schuhmachermeister Franz Gawlik, kath., Zwillinge (S. u. T.) — Rohrleger Gustav Neutwig, kath., S. — Schneider Carl Friebel, ev., S. — Schlosser Gustav Firla, kath., S. — Schlosser Josef Michalski, kath., S. — Arbeiter Wilhelm Walter, ev., T. — Zuschneider Adalbert Olszenka, kath., T. — Schuhmachermeister Oskar Menzel, ev., S.

Briefkasten.

L., Neustadt OS. Für das Pfaffengewäsch ist der Raum unseres Blattes viel zu schade.

W. R., Hirschberg. 1. Ein Taufzeugniß kann bei Anmeldung des Kindes zur Schule von keiner Behörde verlangt werden. Weisen Sie solche unberechtigte Anforderungen bestimmt zurück. 2. Der Austritt aus der Landeskirche muß beim Amtsgericht Ihres Bezirks angemeldet werden.

Quittung.

Für den **Parteifonds** gingen ein:

Gerber, Militsch	0.50	Mark.
E. W.	1.00	„
Seyp	0.50	„
K. R.	1.00	„
E. Neukirch	2.00	„
Redaktion und Expedition d. „Volkswacht"	8.00	„
Summa	13.00	Mark.

J. A. des Sozialdemokratischen Vereins:
O. Heymann.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 20. März:
Verkündung des Wahlresultates.
Maler-Verband. Zimmer **Nr. 2.**
Former-Gesang-Verein. Zimmer **Nr. 3.**

Freitag, den 21. März:
Holzarbeiter-Verband. Zimmer **Nr. 1.**
Gemeindearbeiter-Verband. Zimmer **Nr. 1.**
Ortskrankenkasse der Tapezirer. Zimmer **Nr. 2.**
Männer-Gesangverein Vorwärts. Zimmer **Nr. 3.**

Stadt-Theater.
Donnerstag: „Don Juan."
Freitag: „Louise."

Lobe-Theater.
Donnerstag: „Der Bettelstudent".
Freitag: „Liebesträume." „Liebelei."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater
Donnerstag: Gruppe K. 4. Vorstellung. „Der Talisman."

Victoria-Theater
(Sternzeuner Garten).
Gastspiel der Budapester.
Täglich mit großem Erfolge:
Ein Abenteuer im Rade.
Vorher:
Im schwarzen Rößl.

Ich empfehle den Lesern dieses Blattes das größte 238
Hausbacken-Kernbrot
6 Pfd. zu 50 Pfg.
sowie die beste Weißbäckerei von Kuchen und Semmeln.
Paul Kaupke,
Bäckermeister,
28 Michaelis-Straße 28.

Der durch Krankheit d. Besitzers veranlaßte Total-Ausverkauf d. gr. Schuhwaarenlagers
von **Paul Quitta, Schuhmachermeister,**
Friedrich-Wilhelmstraße 5, Nähe Königsplatz,
(Haltestelle der Straßenbahn)
wird fortgesetzt. 234
Preise jetzt 35—55 Procent Ermäßigung.
Auch noch reichhaltige Auswahl von **Confirmanden-Schuhe und -Stiefel.**
Die Restbestände der Winterwaaren werden zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft.

Zeltgarten.
Neu! Neu!
Gouer,
elektr. Illustr.-Transformations-Gesangs-Akt.
Les Fougères mit ihr Original-Pantomime „Une aventure après le bal".
Clown **Peppo** dress. Hunde u. Affen.
Prolongirt: **Paul Förster**
Original-Humorist u. bester Improvisator der Gegenwart.
Fräuli **Renzieri** Soubrette.
Troupe Schilly Schlangenmenschen.
Tilly Geschwister Operett.-Sängerin. Fritz Geschwister Gesangs- u. Theatr.-Komiker.
Prolongirt: **Bros. Matthews**
Chem.-Jongleuringer.
Berlinka
Unger. Gesangs- u. Tanz-Trio.
Im Tunnel:
Tägl. großes Frei-Concert bis 12 Uhr
des berühmten italien. Instrumental- u. Gesangs-Ensemble
Adolfo Rapelli.

Strohhüte
jeder Art, auch im Détail, billigst direct in der Strohhut-Fabrik
Neue Graupenstraße 11, Hof.
Freund & Krebs. 355

Cigarren
eigenes Fabrikat.
Cigaretten
in großer Auswahl
Rauch- und Kautabak
bei
Hermann Berner
Trebnitzerstr. 9. 361

Kaffee! Kaffee!
stets frisch gebrannt, [357
d. Pfd. 80, 100, 120 Pf.
Best. Getreide-Kaffee, d. Pfd. 12 Pf.
Bester weißer Farin, d. Pfd. 28 Pf.
Zartes Schweinefett, d. Pfd. 65 Pf.
Süßer Syrup, d. Pfd. 15 Pf.
Taf.-Reis, Graupe, Hirse Pfd. 15 Pf.
Bestes Kern. 1 Liter 50 Pf.
Feiner Rum, 1 Liter 100 Pf.
N. Schott., Heringe, d. Mand. 60 Pf.
Amerik. Petroleum, 1 Ltr. 17 Pf.
Otto Ogrowsky jr.,
45, Gr. Groschengasse 4/5.

1 Trumeau m. Fac. w. gebr. b. z. verk. Altbüßerstr. 10, I. Etg.

Lehrlinge können sich melden zur Feilenhauerei Klosterstr. 28, A. Völkel. [363

Maifestkomitée, Colport. schöne preiswr. Maifestg. Prob. grat. Schneider, Jordanstr. 5, Fürstenberg.

Max Schippel:
Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch
ist für alle politisch und gewerkschaftlich aufgeklärten Arbeiter ein **unentbehrliches Lehrbuch.**
Arbeiterschutz und Sozialreform, Militär-, Flotten-, Kolonialfragen, Steuerfragen, Verfassungskämpfe, Schutzzoll- und Freihandelspolitik, kurz:
Alle Fragen der Tagespolitik
behandelt die
Geschichte der parlamentarischen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse
gemeinverständlich u. erschöpfend.
Das Reichstags-Handbuch liefert **die geistigen Waffen**
für den **politischen Kampf,**
für den **gewerkschaftl. Kampf,**
für die **Agitation** in Fabrik, Werkstatt und Versammlung.
Erscheint in
Wochenheften zu 20 Pfg.
Zu beziehen durch unsere Expedition und Colporteure.

Worte und Thaten des arbeiterfreundlichen Centrums
von
Gustav Hack.
Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition und Colporteure.

Augengläser Brillen jetzt nur nach ärztlicher Vorschrift
Ohlauerstraße 87 im Denkarium erhält jeder Brillen und Pincenez nach kostenloser ärztlicher Vorschrift von 2 Mk. an.

Verantwortlicher Redakteur für den lokalen und provinziellen Theil und die Inserate: Julius Urbach; — für den gesammten übrigen Inhalt der Zeitung: Paul Löbe; — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6; — Verlag von Oscar Schütz; — Druck von A. Schatta; — sämmtlich in Breslau. — Ausgabeort Breslau.